

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

McGeorge Bundy

Amerikanische Außenpolitik  
heute

Alois Riklin

Krieg und Frieden  
in der ideologischen  
Auseinandersetzung  
zwischen Moskau und Peking

B 5/67

1. Februar 1967

McGeorge Bundy, geb. 30. März 1919, 1954—1961 Professor für politische Wissenschaften (government), 1961—1965 Sonderbeauftragter (special assistant) des US-Präsidenten für Fragen der nationalen Sicherheit, seit 1966 Präsident der Fordstiftung.

Alois Riklin, Dr. iur., freier Publizist in Engelburg SG (Schweiz).

Veröffentlichungen u. a.: Selbstzeugnisse des SED-Regimes (zusammen mit Klaus Westen), 1963; Das Berlinproblem. Historisch-politische und völkerrechtliche Darstellung des Viermächtestatus, 1964; Weltrevolution oder Koexistenz? (erscheint 1967).

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,  
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 2,— monatlich bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5,50 zuzüglich Verpackungs- und Portokosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Amerikanische Außenpolitik heute

## Das Ende der harten Alternativen

### Kein Geschmack am Imperialismus

Die Vereinigten Staaten standen am Ende des Jahres 1966 vor schwierigeren Aufgaben als zu irgendeinem Zeitpunkt seit 1962. In Vietnam stehen wir im Kampf; daheim befinden wir uns mitten in einer echten sozialen Revolution; und wir sind unvermindert engagiert in Erdteilen und Ländern, die nicht so recht dem einfachen Bild entsprechen wollen, das wir uns von ihnen machen. Kein Wunder, daß man förmlich hören kann wie das Land fragt: Wohin geht die Reise? Vietnam gibt der Frage ihre besondere Schärfe, und aus Vietnam werden wahrscheinlich die ersten und wichtigsten Antworten kommen. Aber mit Vietnam soll hier nicht begonnen werden. Es ist besser, mit uns selbst zu beginnen und uns wieder einmal zu fragen, was wir in der Welt wollen — und was wir wollen sollten.

Bei aller Inanspruchnahme durch internationale Probleme bleibt der Amerikaner doch ein Mann der privaten Anliegen. Was er für diese Anliegen hofft oder fürchtet, entscheiden noch immer die meisten Wahlen. Auslandsreisen und Investitionen im Ausland nehmen zu (zur Verzweiflung jener, denen der Dollar ein Zweck und nicht ein Mittel ist, und zum großen Vorteil einer Nation, die nicht mehr für sich allein leben darf), aber sie nehmen hauptsächlich aus privaten Gründen zu. Hunger und Leid erregen das Mitgefühl der Amerikaner, und sie schicken Nahrungsmittel nach Indien und Hilfe aller Art nach Israel; aber der amerikanische Traum bleibt dem eigenen Land verhaftet. Wie groß auch die überseeischen Interessen ihres Landes sein mögen, die „Boys“ möchten immer nach Hause. Solch ein

nach innen gewandtes Nationalgefühl kann seine Gefahren haben; für andere Länder jedoch hat es die äußerst wichtige Konsequenz, daß die amerikanische Demokratie auf die Dauer keinen Geschmack am Imperialismus findet.

Das amerikanische Volk wünscht also nach wie vor von der Welt, sie möge ihm zugestehen, was George Washington „die Sicherheit seines Bundes und die Beförderung seines Glücks“ nannte. Der gewaltige Unterschied zwischen der Außenpolitik Washingtons und unserer eigenen — ein Unterschied, der sich in den letzten fünfundzwanzig Jahren verzehnfacht hat — liegt in der Zahl, der Vielfalt und der Größe der amerikanischen Aktionen,

**Alois Riklin:**

**Krieg und Frieden in der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Moskau und Peking . . . . . S. 11**

die von diesem Wunsch hervorgerufen werden. Das nationale Ziel hat sich nicht geändert. Jedem ernsthaften und nachdrücklichen Engagement der Vereinigten Staaten liegt die ausdrückliche oder stillschweigende Feststellung zugrunde, daß diese Aktion wichtig für die Sicherheit und Wohlfahrt der Vereinigten Staaten selbst ist. Eine Politik, die sich nicht überzeugend in diesem Sinne rechtfertigen läßt, ist nicht von Dauer, mag sie eine Zeitlang oder für einen Teil unserer Öffentlichkeit auch noch so anziehend sein. Die Verpflichtungen, die Amerika in irgendeinem Teil der Welt übernimmt, sind immer nur so fest wie die Überzeugung der Amerikaner, daß ihr eigenes Interesse diese Verpflichtungen erfordert.

Mit freundlicher Genehmigung der Herausgeber nachgedruckt aus FOREIGN AFFAIRS, Dezember 1966. Copyright by the Council on Foreign Relations Inc., New York.

## Regelmäßige Überprüfung der politischen Konzeption

In einer Welt des immer schnelleren Wandels, der ständigen Umwälzungen in Wissenschaft und Gesellschaft ist es nicht nur natürlich, sondern notwendig, eine Politik, die in einem Jahrzehnt richtig war, im nächsten in Frage zu stellen. Kein Wortführer der amerikanischen Außenpolitik sollte davor zurückschrecken, seine eigenen Prämissen in Zweifel zu ziehen, und keiner sollte sich der immerwährenden Aufgabe entziehen, das, was das Land sagt und tut, im Zusammenhang mit Sicherheit und Wohlfahrt des Landes zu sehen. Der Brauch unserer beiden letzten Präsidenten, eingebürgerte politische Standpunkte regierungsintern ständig daraufhin zu überprüfen, ob sie noch gültig bleiben können, war und ist sehr verdienstlich. Präsidenten sind mit Recht vorsichtig, was durchgreifende Veränderungen betrifft; sowohl Kennedy als auch Johnson haben mehr Standpunkte in Frage gestellt, als sie tatsächlich geändert haben. Als politische Führer erkannten sie immer wieder, was Professoren und Bürokraten allzu leicht vergessen: daß die schönsten Pläne und Strategien, ob frisch ersonnen oder durch lange Geltung geheiligt, nur soviel wert sind, wie sie nachweisbar dem amerikanischen Interesse dienen.

Für die regelmäßige Überprüfung unserer politischen Konzeption gibt es noch eine andere,

fast entgegengesetzte Rechtfertigung: nämlich, daß die Politik dieser Musterung im großen und ganzen standhält. Als sich Außenminister Acheson 1950 gegen die Spezies der „Überprüfer“ wandte, gab es gute Gründe, ein Wiederaufleben des Isolationismus zu befürchten, und es mochte durchaus weise erscheinen, Debatten abzuwenden, durch die vielleicht der ganze Kurs der amerikanischen Politik in Zweifel gezogen wurde. Aber sechzehn Jahre später ist diese Reaktion nicht mehr am Platze. Die Jahre Eisenhowers, Kennedys und Johnsons haben eine allgemeine Politik des Engagements bekräftigt, die in Geist und Praxis ebenso weit vom Isolationismus entfernt ist wie von dem bloß moralistischen Globalismus, der früheren Generationen manchmal als einzige Alternative erschien. Die Debatte zwischen Woodrow Wilson und Hiram Johnson ist Vergangenheit, und einfache Lösungen für harte Probleme sind nicht mehr so verlockend wie früher. Es gibt Radikale am Rande, aber auf der Hauptbühne dreht sich selbst die Auseinandersetzung über Vietnam um Taktik und nicht um Grundsätze. Das war der tiefere Sinn der vernichtenden Niederlage Senator Goldwaters. Goldwater war vielleicht nicht so rabiät, wie er sich gab, aber das Land wollte es nicht darauf ankommen lassen. 1966 zeigten Kandidaten aller Richtungen, daß sie sich diese Lehre zu Herzen genommen hatten.

## Die Politik der groben Simplifizierungen

Es ist den Amerikanern nicht leichtgefallen, sich mit der Vielgestaltigkeit der Welt abzufinden. Die von der Niederlage Frankreichs datierende Umwälzung in der amerikanischen Außenpolitik stellte Anforderungen, die nur um den Preis großer Vereinfachung erfüllt wurden. Zwanzig Jahre lang, von 1940 bis 1960, wurde über Außenpolitik nach dem Grundmuster des Entweder-Oder diskutiert: Isolation oder Intervention, Europa oder Asien, Wallace oder Byrnes, Marshall-Plan oder Pleite, SEATO oder Neutralismus, Vereinte Nationen oder Machtpolitik — und die ganze Zeit besonders nachdrücklich: Antikommunismus oder Verständigung mit den Kommunisten. Die Erregtheit dieser Debatten, die verschwommenen Äußerungen der politischen Führer von Roosevelt bis Eisenhower, die übermäßige Selbstgewißheit aller Außenminister von Hull bis Dulles — all das trug bei zur Verdunklung der Tatsache, daß die Welt nicht einfach ist.

Zudem gab es in den vierziger Jahren ganz besondere Gründe für eine entschiedene, einfache Stellungnahme. Zugegeben, die Amerikaner ergreifen zu leicht Partei. Die Bilderbuchhelden und Kino- oder jetzt auch Fernsehschurken entsprechen einer tiefeingewurzelten nationalen Gewohnheit, die Welt in gute und schlechte Kerle zu teilen. (Höhnisch auf diese Gewohnheit herabzublicken, ist nicht angebracht; auch einige unserer hervorragendsten Intellektuellen erliegen ihr.) Aber die ersten Jahre nach 1940 wiesen echte Schurken und Helden in Fülle auf: Hitler und Churchill, Stalin und Marshall, Mao Tse-tung und Magsaysay. Diese wahrhaft polaren Gegensätze bestärkten die Amerikaner in einer ihnen natürlichen Denkgewohnheit und rechtfertigten die Zuspitzung der Argumente.

Wir dürfen nicht selbstgerecht sein, wenn wir die Vereinfachungen kritisieren, die in jener Generation im Schwange waren. Sofern wir

alt genug sind, ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß, daß auch wir ihnen angehangen haben. Häufig genug in der Geschichte war Simplifikation die Voraussetzung des Entscheidens und Handelns, und das Wichtigste an diesen zwanzig Jahren ist, daß die meisten großen Entscheidungen, die von den Vereinigten Staaten damals gefällt wurden, richtig waren. Ge-

wiß, sie erkannten die Komplexität der Welt etwas spät an, und die politischen Kosten ihrer ersten großen Begegnungen mit der Niederlage (in China) und dem Unentschieden (in Korea) waren hoch; dennoch gibt es kein großes Land, dessen Verhalten in dieser Periode auch nur ein halb so gutes Zeugnis verdiente.

## Anerkennung der Komplexität der Welt

In den fünfziger Jahren aber zeigten sich mehr und mehr die Nachteile des Schwarzweißdenkens. Es war die Tragödie der Regierung Eisenhower, daß der Präsident, der Großzügigkeit und Verständigungsbereitschaft instinktiv als notwendig erkannte, einen Außenminister an der Seite hatte, der große taktische Gewandtheit, ja Verschlagenheit mit einem tiefen inneren Bedürfnis verband, unumstößliche moralische Urteile zu fällen. Wo es um wirklich klare Fragen ging (wie in Berlin oder in der Formosa-Straße), da wußte die Regierung Eisenhower mit einer wohlüberlegten Festigkeit zu handeln, die viele von uns damals unterschätzten. Wo die Dinge aber nicht so einfach standen — und das war die meiste Zeit in den meisten Ländern der Fall —, da war ihr Vorgehen enttäuschend.

Die große Zeit des Entweder-Oder endete mit dem Tod von John Foster Dulles, denn General Eisenhower neigte von Natur aus nicht zum Schwarzweißdenken. Aber mit John F. Kennedy begann eine neue Ära. Gewiß war auch vor 1961 vielfach erkannt worden, daß die Dinge komplex sind; Kennedy jedoch war der erste amerikanische Präsident, der sich diese Sehweise systematisch zu eigen machte. Wieder und wieder proklamierte er in einem Atemzug politische Ziele, die, oberflächlich betrachtet, einander entgegengesetzt waren: Widerstand gegen die Tyrannei und unermüdliches Streben nach Verständigung; Verstärkung der Verteidigungsmacht und neue Vorschläge für die Abrüstung; Rebellenbekämpfung und Friedenskorps; Öffnung nach links, ohne der vernünftigen Rechten die Tür zu verschließen; Allianz für den Fortschritt und beharrliche Opposition gegen Castro — mit einem Wort: Olzweig und Pfeile. Kennedy erklärte, daß hier in Wirklichkeit kein Widerspruch bestehe, und das Land war bereit, ihm zu folgen. Unter Präsident Lyndon B. Johnson ist diese Sicht in Geltung geblieben. Wie Theodore Roosevelt — und aus ähnlichen Gründen wie dieser — neigt Johnson oft mehr zum Holzschnitt als zur Radierung; aber diejenigen, die seine Sprache zu derb finden, über-

sehen meist, daß die Kehrseite der Sache mit ebenso viel Überzeugung und in ebenso derber Sprache vorgebracht wird. Zumindest unter den beiden letzten Präsidenten war und ist Anerkennung der Komplexität oberster Grundsatz der amerikanischen Politik.

Gleichzeitig wurde den Amerikanern demonstriert, daß sie nicht allein bestimmen, was in der Welt geschieht. (Für andere, mit übersteigertem Gefühl der eigenen Wichtigkeit, war diese Lektion noch schmerzhafter als für uns — Moskau und Peking sind tröstliche Beispiele —; aber dieser Aufsatz handelt von amerikanischen Sorgen und nicht von russischen oder chinesischen.) Schon in den letzten Jahren der Regierung Truman machten die schmerzlichen Erfahrungen in China und Korea einigen Scharfblickenden die Grenzen des amerikanischen Einflusses bewußt, und diese Erkenntnis fand Ausdruck in mehreren gedankenreichen Büchern von Männern, die zusammen mit Dean Acheson den Staatsdienst verließen. Aber die Rhetorik der Zurückhaltung war Washington in den fünfziger Jahren fremd, und erst spätere Ereignisse lehrten uns als Nation, was einige wenige schon früher aus unmittelbarer harter Erfahrung gelernt hatten.

Die geschichtliche Entwicklung auf allen Kontinenten hatte in den letzten zehn Jahren mit den Handlungen der Vereinigten Staaten im großen und ganzen nur am Rande zu tun. Politiker anderer Länder pflegen ihre Mißerfolge mit amerikanischer Dummheit oder Schlechtigkeit zu entschuldigen, während sie ihre Erfolge als eigenes Verdienst in Anspruch nehmen. Dieser Anspruch auf eigene Verdienste ist begründeter als die Entschuldigung für die Fehlschläge. Nur selten spielen die Vereinigten Staaten in den inneren Angelegenheiten anderer Staaten eine zentrale Rolle. Selbst da, wo die Amerikaner in so großem Maße direkt eingriffen, wie sie es lange Zeit in Deutschland und Japan taten, sind die politischen Kräfte des betreffenden Landes dennoch entscheidend für Auswahl und Unterstützung der Regierenden. Die Vereinigten Staaten

haben nicht de Gaulle ins Amt und Goulart aus dem Amte gebracht; sie sind nicht verantwortlich für Glanz und Elend Sukarnos und Nkrumahs; sie waren nicht imstande, mit Nasser „fertig zu werden“, sondern konnten nur kleine Geschäfte mit ihm machen; sie haben weder den Sturz Chruschtschows noch den Aufstieg Lin Piaos betrieben. Nicht einmal das Ergebnis der letzten Wahlen in der Dominikanischen Republik haben sie entscheidend beeinflußt. Wer sich die von Washington ausgehenden Einflußlinien wie Drähte vorstellt, an denen lauter Marionetten hängen, der hat nie hinter die Kulissen geblickt. Wir haben mehr und mehr einsehen müssen, daß wir inmitten von Wirren leben, die zumeist nicht unser Werk sind, und mit Regierungen zu tun haben, die mit ihren eigenen Problemen und Anliegen beschäftigt sind.

## Eindrucksvolles Kapital an politischer Erfahrung

Inzwischen ist unsere absolute und relative Stärke weiter gewachsen. Die allgemeine Entwicklung unserer Wirtschaft ist seit fast sechs Jahren ausgezeichnet, und noch glänzender sind unsere Erfolge an der Front der Wissenschaft und Technik. Die Furcht vor Stagnation, die kennzeichnend für die ersten Jahre nach dem Sputnik war, haben wir überwunden; bei unseren Freunden sind Besorgnisse wegen unserer möglichen Schwäche der Befürchtung gewichen, unsere ununterbrochene technische Revolution könnte eine derartige Dynamik annehmen, daß sie alle anderen zu trauriger Zweitrangigkeit verurteilte. Diese Besorgnisse sind wahrscheinlich übertrieben, zeigen aber, wie stark wir heute sind. Ähnlich aufschlußreich ist die Tatsache, daß gegenwärtig über vier Fünftel aller Auslandsinvestitionen in der Welt amerikanischer Herkunft sind.

Wir haben jetzt auch zwei Jahrzehnte harter außenpolitischer Praxis hinter uns, und kein Land kann mehr behaupten, es sei uns an Erfahrung voraus. In einzelnen Weltteilen

Wir haben unsere Bereitschaft bekräftigt, uns weiterhin weltpolitisch zu engagieren, brauchen aber dazu nicht mehr — als einigermaßen künstlichen Antrieb — den Glauben, wir seien allgerecht und allmächtig. Wir zweifeln nicht mehr daran, daß wir in Europa, in Südamerika, in Asien und auf allen Ozeanen extensive Politik treiben und extensiv handeln müssen. (Zweifel haben wir noch im Hinblick auf Afrika; das zeigt sich an der verhältnismäßig geringen Beachtung, die wir den Problemen dieses Kontinents schenken, und an unserem etwas sprunghaften Vorgehen in Ländern wie dem Kongo.) Wir rechnen nicht mehr damit, daß diese Unternehmungen zu festgesetzten Terminen endgültige Ergebnisse bringen. Wir akzeptieren unser Beteiligtsein am Geschehen in der wirklichen Welt, und wir sehen jetzt diese Welt klarer wie sie ist.

und auf bestimmten Sachgebieten besitzen andere Nationen spezielle Fähigkeiten, die wir nicht aufzuweisen haben. Aber alles in allem ist die Summe an Erfahrung, Verständnis, Anteilnahme und einfach Wissen, über die die Vereinigten Staaten verfügen, bei weitem die eindrucksvollste in der Welt.

Diese Feststellungen sind jedoch nur relativ ermutigend. Es folgt aus ihnen nicht, daß wir alle Machtmittel und Fähigkeiten besäßen, die wir brauchen. Die Komplexität nimmt zu; die Aggressionsdrohung besteht fort; nach wie vor gefährden Kernwaffen die Zukunft der ganzen Menschheit. Die Anforderungen an die Kraft und den gesunden Menschenverstand Amerikas werden nicht geringer. Nirgendwo können wir Frieden und Fortschritt allein sichern. Aber nirgendwo gibt es Sicherheit für freie Menschen ohne uns. Und der Zusammenhang zwischen diesem erstaunlichen Sachverhalt und den komplexen Zuständen in allen Weltgegenden macht die Führung der amerikanischen Außenpolitik zu einer so überwältigenden Aufgabe.

## Vietnam: Beweisgründe für jede Ansicht

Das große Problem des Tages ist natürlich Vietnam. Nichts daran ist einfach. Was bei Vietnam das Debattieren so leicht und das Handeln so schwer macht, ist gerade der Umstand, daß jeder Disputant auf eine Menge Tatsachenmaterial zurückgreifen kann, in dem sich Beweisgründe für jede Ansicht zu Genüge finden. In unseren Handlungen müssen

wir aber mit dem Ganzen leben. Die Wahrheit ist, daß es in Vietnam sowohl Aggression aus dem Norden als auch Bürgerkrieg im Süden gibt, sowohl Korruption als auch Aufopferung, sowohl starke antikommunistische Gefühle als auch Verdrossenheit gegenüber der jetzigen antikommunistischen Führung. Die politische Grundlage für einen arbeitsfähigen

nichtkommunistischen Staat ist noch schwach — aber sie ist vorhanden. Die Vietnamesen denken über die Amerikaner nicht so, wie sie über die Franzosen dachten, aber sie bestehen hartnäckig darauf, die Dinge auf ihre eigene Weise zu tun.

Die innere Komplexität hat ihr Gegenstück auf internationaler Ebene. Vietnam ist tatsächlich ein Testfall für die kommunistische Revolutionslehre: was dort geschieht, wird das Geschehen in anderen Teilen der Welt beeinflussen. Aber ein Sieg Ho Chi Minhs würde nicht bedeuten, daß ganz Asien automatisch dem Kommunismus anheimfiele, und eine Niederlage der Aggression hätte nicht zur Folge, daß die ständige — wenn auch manchmal überschätzte — Drohung Chinas aufhörte. Einflüsse und Interessen sind allenthalben wirksam, aber fast nie einfach und direkt. Weder die Kommunisten noch die Nichtkommunisten sind sich über Vietnam einig. Diejenigen, die unserer Auffassung beipflichten, tun das aus unterschiedlichen Gründen, und viele von denen, die uns kritisieren, würden noch kritischer werden, wenn wir uns jetzt zurückzögen. In Vietnam wie im internationalen Maßstab scheint nur eines festzustehen, nämlich, daß Thesen, die alles auf einen einfachen Nenner bringen, einen Wert nur für Leute haben, die keine Verantwortung tragen.

Es ist hier nicht der Ort, die lange Kette von Entscheidungen zu verfolgen, die uns dahin gebracht haben, wo wir heute in Vietnam stehen. Unverändert herrscht seit zwölf Jahren die Überzeugung, daß wir bereit sein müssen, nach besten Kräften verhindern zu helfen, daß die Kommunisten sich mit Gewalt und Terror Südvietnams bemächtigen. Diese Überzeugung hat zu Entscheidungen geführt, die in den frühen fünfziger Jahren wenige vorhersahen. Die Kosten sind gestiegen, und die Konsequenzen von Erfolg oder Mißerfolg sind bedeutend größer geworden. Am meisten fällt die Verstärkung unseres militärischen Einsatzes ins Auge, und mehr als einmal sind Entscheidungen gerade noch rechtzeitig getroffen worden. Ohne die Truppenentsendungen, die Präsident Kennedy Ende 1961 und Präsident Johnson Anfang 1965 anordneten — jedesmal nach sorgfältigster Erwägung der Folgen von Handeln oder Nichthandeln —, wäre Südvietnam so gut wie sicher Hanoi ausgeliefert worden, und die Aussichten für friedlichen Fortschritt in vielen pazifischen Ländern hätten sich beträchtlich vermindert. Meine eigene Überzeugung ist, daß diese großen

Entscheidungen bei aller Kostspieligkeit richtig waren und daß es richtig ist, standhaft zu bleiben — im Interesse der Vietnamesen, in unserem eigenen Interesse und im weiteren Interesse des Friedens und Fortschritts im Pazifik.

Die politischen Anforderungen — weniger dramatisch, aber ebenso wichtig — sind gleichfalls im Laufe der Zeit gewachsen. Auf diesem Gebiet steht den vielversprechenden Erfolgen der Streitkräfte Ende 1966 noch nichts Gleichwertiges gegenüber. Die Schwierigkeiten rühren natürlich teilweise einfach daher, daß ohne allgemeine und gesicherte militärische Überlegenheit in einem gegebenen Raum kaum daran zu denken ist, mit der politischen Arbeit zu beginnen. Außerdem ist diese Arbeit uns allen viel weniger vertraut. Und schließlich: Im Gegensatz zu den direkten Kampfhandlungen gegen größere militärische Verbände der Kommunisten ist der politische Einsatz in allen seinen Formen nur dann erfolgreich, wenn es gelingt, das Bewußtsein und die Energie des vietnamesischen Volkes selbst zu gewinnen. Wir dürfen uns daher nicht wundern, daß eine wirkliche Befriedung des vietnamesischen Dorfes so schwer zu erreichen ist. Gerade und vor allem das wollen ja die Kommunisten mit allen erdenklichen Mitteln verhindern. Daß diese Arbeit langsam und mühsam vorangeht, ist nicht erstaunlich, wenn man bedenkt, daß vor knapp zwei Jahren die Kommunisten ihre Hoffnungen schon fast erfüllt sahen. Wir haben aber auch keinen Grund zur Selbstzufriedenheit, und Saigon und Washington tun recht daran, dieser Aufgabe höchsten Vorrang einzuräumen.

Vietnam ist also ein politisches *und* ein militärisches Problem. Es stellt die Vereinigten Staaten vor ein weiteres doppeltes Erfordernis: zu handeln *und* sich zurückzuhalten. Handeln ist notwendig; es ist aber auch notwendig, die Aktionen in Grenzen zu halten. Was diese Regel auf militärischem Gebiet so entscheidend wichtig macht, ist natürlich das Gespenst eines nuklearen Schlagabtauschs — wo und mit wem auch immer. Aber zur Zurückhaltung gibt es noch andere Gründe. Auch wenn die „letzten Waffen“ nicht wären, würden wir keinen Krieg mit China wollen. Auch ohne China wäre es für uns grundverkehrt, in Worten und Taten auf die Vernichtung des Regimes in Hanoi hinzuwirken. Die gewaltsame Vernichtung kommunistischer Staaten ist einfach nicht unsere Sache (was sich in der Schweinebucht höchst schmerzhaft bestätigt hat).

## Die Bombardierung Nord-Vietnams

Die umstrittenste unserer militärischen Aktionen in Vietnam ist natürlich die Bombardierung des Nordens. Dabei handelt es sich weniger um einen Streit zwischen der Regierung und ihren Kritikern als vielmehr zwischen zwei Denkrichtungen, die beide von der Regierung abgelehnt werden. Die beiden Gruppen gehen von völlig entgegengesetzten politischen und militärischen Voraussetzungen aus: die eine befürwortet uneingeschränkten Bombenkrieg, die andere hält — ebenso einseitig — alle Formen des Bombenkriegs für unmoralisch und wirkungslos. Diejenigen, die Hanoi als den angegriffenen Teil ansehen, sind in ihrem Urteil noch härter. So haben die Debattierenden in Amerika und anderwärts die Bombenangriffe zu einem zentralen Thema gemacht, was den Kommunisten offenkundig taktische Vorteile verschafft.

In Wirklichkeit jedoch sind die Bombenangriffe immer nur ein militärisches Instrument unter vielen gewesen. Sie wurden legitimiert durch vorausgegangene feindliche Handlungen, wurden notwendig gemacht durch die gefährliche Lage im Jahre 1965 und sind heute dadurch gerechtfertigt, daß sie Infiltration und Nachschub der Kommunisten behindern. Das

### Festigkeit in der Belastungsprobe

Ein entscheidender Unterschied liegt auch darin, ob man den Preis der Aggression heraufsetzt oder ob man „siegen“ und Hanoi „schlagen“ will. Nach einem solchen „Sieg“ zu streben, wäre aus drei Gründen verhängnisvoll falsch: 1. könnte es sehr leicht Krieg mit China und der Sowjetunion bedeuten; 2. würde es uns in einen neuen schrecklichen Kampf verwickeln, nach dem uns durchaus nicht der Sinn steht — einen Kampf um die Zukunft Nordvietnams; 3. würde es die Probleme im Süden nicht lösen. Was drei Regierungen stets klar war, gilt noch heute: unser entscheidendes Interessengebiet in Vietnam ist der Süden. Dort können und müssen unsere militärischen und politischen Aktionen verstärkt werden. Dort können wir auch massive Hilfe für den Wiederaufbau und für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt gewähren — immer hinter dem Schild wachsender militärischer und politischer Stärke und Selbstsicherheit.

Der Kampf in Vietnam wird vermutlich nicht kurz sein, doch dürfte das eigentliche Befriedungs- und Wiederaufbauwerk viel länger dauern als die Phase größerer Kampfhandlungen. Glücklicherweise hat das amerikanische

Risiko, daß Irrtümer unterlaufen und Zivilpersonen geschädigt werden, ist mit jedem Bombenangriff verbunden. Die Bombardierung Nordvietnams ist die zielgenaueste und am strengsten begrenzte in der neueren Kriegsgeschichte. Wer den Präsidenten und seinen Verteidigungsminister bei ihrem Vorgehen in dieser Sache beobachtet hat, kann bezeugen, wie falsch der Vorwurf ist, sie hätten leichtfertig gehandelt oder die Verantwortung von sich abgewälzt. Sie widerstehen nach wie vor dem Druck der wenigen, die den Krieg stark ausweiten möchten, weil sie ihn dadurch beenden zu können glauben, und dafür verdienen sie die verständnisvolle Unterstützung aller, die für Zurückhaltung sind.

Genau hier lag und liegt noch jetzt der Punkt, über den der Wähler durch seine Stimmabgabe im Jahre 1964 entschied. Die wirkliche Wahl, die wir zu treffen haben, ist nicht die zwischen „Tauben“ und „Falken“. Wir müssen wählen zwischen denen, die einen schweren und problemreichen Kampf unter straffer, sorgfältiger ziviler Kontrolle halten wollen, und denen, die jedes militärische Mittel einsetzen möchten, das irgendein Befehlshaber irgendeiner Waffengattung für erforderlich hält.

Volk ein viel größeres Stehvermögen bewiesen, als Freund und Feind erwarteten. Trotz wiederholten Enttäuschungen, trotz heftiger Debatten und ungenügenden Verstehens auf allen Seiten hat unser Volk große Festigkeit gezeigt. Es hat die Belastungen dieses Einsatzes auf sich genommen und bequeme falsche Antworten von beiden extremen Standpunkten abgelehnt. Die Opposition bekennt sich ganz offen zu ihrer Meinung. Es gibt weniger Hurrapatriotismus als in irgendeinem Krieg unserer Geschichte. Die Nation hält der besonderen Belastungsprobe stand, die ein Krieg ohne Zensur bedeutet — mehrere Männer, die ihn offen mißbilligen, haben ungehindert von unserer Seite der Front aus berichtet. Es ist auch der erste Krieg mit täglichen Fernsehberichten vom Kampfgebiet. Alles in allem halte ich es für gut, daß uns der Krieg ins Wohnzimmer gebracht wird, aber befremdlich ist es doch, daß wir diesmal unsere Dosis „Die Nackten und die Toten“ nicht hinterher bekommen, sondern sofort.

Daß das Volk der Vereinigten Staaten in dieser beispiellosen Situation seine Fassung be-

hält, ist sehr ermutigend. Mag im Ausland noch so viel Kritik geübt werden — gerade diese Festigkeit haben alle unsere Freunde schon einmal nötig gehabt und mögen sie auch in Zukunft wieder nötig haben. Der wahre Wert der Vereinigten Staaten als Bündnispartner

und Freund beruht nicht auf Vertragstexten, die immer Ausfluchtmöglichkeiten bieten, und nicht auf mechanischen Begriffen von Ursache und Folge, sondern darauf, daß hier eine Nation ist, die sich bemüht, eine Sache geradlinig bis zum Ende durchzustehen.

## Verhandlungsfrieden oder stillschweigende Kampfeinstellung?

Voraussichtlich stehen also in Vietnam weitere Kämpfe und weitere Opfer bevor. Natürlich ist es immer möglich, daß die Kommunisten ihren Widerstand gegen Verhandlungen aufgeben, und gewiß ist es wichtig, daß wir solch einen Wechsel ihres Standpunkts herbeiwünschen und darauf vorbereitet sind. Die Aufgeschlossenheit und Bereitwilligkeit, die der Präsident und der Außenminister nicht nur in Worten, sondern auch in ihrer öffentlichen und nichtöffentlichen Diplomatie wiederholt gezeigt haben, ist vollauf begründet. An dem Tag, an dem ihr Angebot angenommen wird, werden alle Zweifler den Beweis in Händen haben, wie leidenschaftlich aufrichtig es gemeint war. Es wäre aber falsch, mit einer baldigen Reaktion der Kommunisten zu rechnen. Wie andere Menschen verhandeln auch Kommunisten dann, wenn sie glauben, damit ihrem Ziel näherzukommen; und das klare Ziel der Kommunisten ist immer noch die Machtübernahme in Südvietnam. Mit vollem Recht nehmen sie an, daß wir bei Verhandlungen ein ganz anderes Ziel verfolgen würden als sie. Außerdem würde der Kampf zwangsläufig während der Verhandlungen weitergehen, bis annehmbare Waffenstillstandsbedingungen ausgearbeitet wären, und unter diesen Umständen könnten langwierige Verhandlungen leicht die Zuversicht der Kommunisten im Süden untergraben. Aus diesen Gründen ist es unwahrscheinlich, daß die Männer in Hanoi Verhandlungen zustimmen, solange unsere oder ihre Ziele nicht geändert worden sind. Selbst dann bestünde vielleicht kaum Aussicht auf eine ausgehandelte Lösung; denn wenn die Kommunisten zu dem Schluß kommen sollten, daß ihre derzeitigen Ziele ihre Möglichkeiten übersteigen, würden sie dann nicht lieber stillschweigend die Konsequenzen ziehen als dies öffentlich zugeben? So war es seinerzeit in Griechenland. Ein derartiges Ende

der Feindseligkeiten ist ebenso wahrscheinlich wie ein formeller Friedensschluß. Handlungen, die entsprechende Handlungen auf der anderen Seite zur Folge haben, können ein Weg sein, der schließlich weg vom offenen Kampf führt; und die Vereinigten Staaten taten recht daran, als sie im September 1966 durch Botschafter Goldberg abermals klarmachen ließen, daß sie bereit sind, auch diesen Weg zu gehen.

Es ist nicht angenehm, in so dürren Worten über die Aussichten auf eine Verständigung mit den vietnamesischen Kommunisten schreiben zu müssen. Mehrere begabte und angesehene Autoren haben ihren Glauben an ganz andere Möglichkeiten bekundet. Aber sie bringen wenig vor, was diesen Glauben rechtfertigen könnte. Es wäre erfreulich, wenn es reale Chancen für eine friedliche Koalition mit kommunistischer Beteiligung unter nichtkommunistischer Führung gäbe; doch dieses Modell, das den außergewöhnlichen Erfahrungen Frankreichs und Italiens in den vierziger Jahren entnommen ist, scheint auf die vietnamesische Wirklichkeit nicht anwendbar zu sein. Es wäre auch gut, wenn die Kommunisten als organisierte Kraft dahin gebracht werden könnten, einen politischen Wettstreit ohne Gewalt und Terror in einem sicher neutralisierten und garantierten Staat zu akzeptieren; aber das bisherige Verhalten der Kommunisten in Vietnam gibt dieser Hoffnung keine Stütze. Ich muß leider annehmen, daß viele von denen, die über eine derartige Lösung schreiben, damit die Tatsache verschleiern — vielleicht sogar vor sich selbst —, daß sie eher bereit sind, Südvietnam den Kommunisten zu überlassen, als die Belastungen weiteren Kampfes auf sich zu nehmen. In dieser Hinsicht sprechen sie einfach nicht für ihr Land, und es ist von großer Bedeutung, daß die Kommunisten in aller Welt diese Tatsache richtig begreifen.

## Interesse an Europa hat sich nicht verringert

Vietnam ist unser unmittelbarstes auswärtiges Problem, aber wir dürfen daher nicht vergessen, daß unsere Stärke aktiven Einsatz in anderen Welteilen erlaubt und unser Interesse ihn erfordert. Wie in Südvietnam selbst, so

darf auch im Verhältnis zwischen Vietnam und anderen Angelegenheiten kein Entweder-Oder, sondern vielmehr ein Sowohl-als-Auch gelten. Erstens brauchen wir sowohl militärische als auch wirtschaftliche Aktionen. Unser Interesse

an Vietnam und unser größeres Interesse an Asien wird nicht erlöschen, wenn die Aggression aufhört. Wir haben ein dauerndes nationales Interesse am Fortschritt der Völker jenseits des Pazifiks. Dieses Interesse ist durch die Asienreise des Präsidenten nachdrücklich bekräftigt worden. Über Asien hinaus haben die Vereinigten Staaten ein Interesse daran, unvoreingenommen all denen Hilfe zu leisten, die sich selbst helfen. Das heutige Niveau unserer Wirtschaftshilfe ist zu niedrig, um unseren eigenen Interessen zu dienen, und vielleicht ist im neuen Jahr der Kampf um ein starkes, verständnisvolles Programm die dringendste außenpolitische Aufgabe für Menschen guten Willens.

Zweitens sind wir *sowohl* ein atlantischer *als auch* ein pazifischer Partner. Unser Interesse an der Zukunft Europas ist nicht kleiner geworden, bloß weil die akuteste Gefahr heute in Asien liegt. Seit der Raketenkrise von 1962

hat Europa vier Jahre der Ruhe erlebt, wie sie der Kontinent im letzten halben Jahrhundert nicht gekannt hat. Nicht alle Europäer haben diese Ruhe voll ausgenutzt, um für Harmonie über ihre jetzigen Grenzen hinaus zu arbeiten, und wir selbst haben bis vor kurzem etwas gezögert, von der erfolgreichen Verteidigung weiterzuschreiten zu einer umfassenderen Regelung. Es bedeutet für uns eine ernste Probe, zugleich gegen die Weitergabe von Kernwaffen und für die atlantische Partnerschaft zu arbeiten, aber es ist eine Probe, die wir bestehen können. Bestimmt ist es falsch anzunehmen, unser Einsatz in Vietnam verändere oder schwäche unser Interesse an Europa. Wir müssen Truppen dorthin schicken, wo sie am nötigsten gebraucht werden, aber wir können und werden die große atlantische Verpflichtung hochhalten, die wir fünf- und zwanzig Jahre lang ohne Schwanken erfüllt haben.

## Zuhause und draußen das Notwendige tun

Schließlich haben wir eine noch weiter ausgreifende zweifache Pflicht: wir müssen *sowohl* diese umfangreichen außenpolitischen Aufgaben lösen *als auch* zu Hause ein aktives Programm des sozialen Fortschritts verwirklichen. Wer sich gegen ein solches Programm wendet, benutzt gewöhnlich die Kosten des Vietnam-Krieges als Vorwand für eine innenpolitische Pfennigfucherei, die ebenso kurzsichtig wie unnötig ist. Die letzten Wahlen haben wahrscheinlich die Position derjenigen gestärkt, die so denken. Sie haben unrecht. Auch wenn der Vietnam-Krieg doppelt so kostspielig wäre, wie er ist, und auch wenn er mit großer Wahrscheinlichkeit in ein paar Monaten zu Ende wäre, würde es ein Fehler sein, unter Berufung auf ihn die Maßnahmen hinauszuzögern, die in den Vereinigten Staaten getroffen werden müssen. Da die Kosten für Vietnam durchaus tragbar sind und da sie vermutlich noch jahrelang aufgebracht werden müssen, ist es absurd, mit ihnen eine Verschiebung der innenpolitischen Aufgaben begründen zu wollen. Den wahren Interessen eines jeden Amerikaners ist damit nicht gedient, denn die Arbeit, die wir in unserem Lande jetzt nicht tun, muß einfach später getan werden, und zwar mit viel höheren Kosten.

Für jeden echten Liberalen ist somit die Behauptung, wir müßten uns entweder für Vietnam oder für den sozialen Fortschritt entscheiden, eine Torheit. Das Gegenteil ist richtig. Amerikaner, die die großen neuen Ansätze im

Bildungs- und Gesundheitswesen, im Kampf für bessere Städte und vor allem für wirklich gleiche Chancen weitergeführt sehen möchten, die, mit einem Wort, für sozialen Fortschritt sind, sollten nicht die Stellung ihrer Gegner stärken, indem sie die These anerkennen, daß wir nur eins von beiden haben könnten: Festigkeit in Vietnam oder ausreichend Haushaltsmittel für ein kraftvolles Aktionsprogramm im Innern. Das stimmt weder wirtschaftlich noch politisch. Rückzug in Vietnam bedeutet nicht Vormarsch in den Vereinigten Staaten. Die wirkliche innenpolitische Folge eines Abzugs aus Südasien wäre so gut wie sicher ein starkes Anwachsen der Reaktion.

Wir werden also im neuen Jahr nicht unter Arbeitsmangel leiden. In der letzten Generation haben wir einen langen Weg zurückgelegt, und ein langer Weg liegt vor uns. Einige unter uns sind ungeduldig und gereizt, aber die entscheidenden Momente — das können wir mit vollem Recht sagen — sind andere: unsere Beharrlichkeit; unsere Fähigkeit, das Notwendige zu tun; unsere Kraft, an den Zielen des Friedens und des menschlichen Fortschritts auch in einer Zeit festzuhalten, wo der Weg zum Frieden durch den Dschungelkrieg führt und der Weg zum Fortschritt durch das Gestrüpp unserer Selbstsucht und unserer Vorurteile.

Vor fast zwanzig Jahren schrieb Henry Stimson in *Foreign Affairs* über „Die Aufgabe der Amerikaner“. Er schrieb hauptsächlich über

Rußland und die Nöte Europas, aber er stellte seine Argumentation in einen größeren Rahmen. Ich erlaube mir, einige seiner Sätze aus dem Zusammenhang zu reißen, weil ich denke, er würde nichts dagegen haben:

„Amerika würde jämmerliche Furchtsamkeit an den Tag legen, wenn es sich weigerte, in vollem Umfang die Rolle zu spielen, die ihm heute in der Welt notwendig zufällt. Und die sichere Strafe für solche Furchtsamkeit wäre das Mißlingen. Die Sorgen Europas und Asiens sind nicht ‚anderer Leute Sorgen‘; es sind unsere ... Die weltpolitische Lage wird durch starke Worte nicht einfacher. Wir dürfen nicht aus der Wirklichkeit in die Narrheit von Schwarz-weiß-Lösungen flüchten ... Wir dürfen nicht glauben, daß die vor uns liegende Auf-

gabe leicht sei oder daß alle unsere Unternehmungen rasche Erfolge brächten. Die Schaffung eines stabilen Friedens ist eine langwierigere, kompliziertere und größere Aufgabe als die verhältnismäßig einfache Arbeit des Kriegführens ... Bestimmt liegt hier eine schöne, verlockende Aufgabe für die Amerikaner.“

Nur für die kämpfenden Soldaten und ihre Angehörigen ist die Aufgabe, die das Jahr 1967 stellt, schwerer als die des Jahres 1947. Für uns andere ist es heute leichter als damals. Wir haben zwanzig Jahre Erfahrung, die uns helfen kann, und wir haben als Ansporn das Wissen, daß wir unsere Schuld an die Kämpfenden am besten begleichen können, wenn wir zuhause und draußen das Notwendige tun.

Alois Riklin

## Krieg und Frieden in der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Moskau und Peking

Die chinesischen Kommunisten datieren den Beginn ihres Konflikts mit der Sowjetunion auf den 20. Parteitag der KPdSU (1956). Damals verkündete Chruschtschow ohne vorherige Konsultation der Bruderpartei eine neue außenpolitische Generallinie und zerstörte in seiner „Geheimrede“ den Stalin-Mythos. Dokumentarisch belegbar ist die ideologische Auseinandersetzung seit dem ersten Kommunisten-Konzil im Jahre 1957<sup>1)</sup>. Die Interessen Moskaus und Pekings sind indessen schon früher aufeinandergestoßen: 1954, als die Chinesen die Mongolei aus der sowjetischen Einflußzone herauslösen wollten<sup>2)</sup> — in der Zeit vor der kommunistischen Machtergreifung in

China, als Stalin den revolutionären Bürgerkrieg Maos nur widerstrebend unterstützte —, ja bereits vor der bolschewistischen Revolution in Rußland (1917), als sich die russischen Zaren an der imperialistischen Politik gegenüber China aktiv beteiligten („ungleiche Verträge“ im 19. Jahrhundert). Zum eigentlichen Bruch zwischen den beiden kommunistischen Großmächten kam es aber erst nach dem 22. Parteitag der KPdSU (1961), auf dem das neue sowjetische Parteiprogramm — im chinesischen Urteil ein „durch und durch revisionnistisches Programm“<sup>3)</sup> — angenommen wurde. Nach dem feindseligen sowjetisch-chinesischen Parteitreffen in Moskau (1963) heizte Peking die Polemik noch mehr an. Selbst die Grenzfrage wurde aufgeworfen<sup>4)</sup>. Insgesamt erhebt Peking gegenüber der Sowjetunion Anspruch auf ein Gebiet, das mehr als dreißigmal so groß ist wie die Schweiz. Immer

<sup>1)</sup> Ursprung und Entwicklung der Differenzen zwischen der Führung der KPdSU und uns. Erster Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (6. 9. 1963). Text in: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, Peking 1965, S. 63—129 (insbesondere Anhang I, S. 119—122).

<sup>2)</sup> Mao selbst hat das in seinem Gespräch mit japanischen Sozialisten bestätigt (10. 7. 1964). Text bei: Heinz Brahm: Pekings Griff nach der Vormacht, Köln 1966, S. 202—205 (205).

<sup>3)</sup> Brief des ZK der KPCh an das ZK der KPdSU vom 22. 3. 1966. Text in: Peking Rundschau 13 (1966), S. 5 f.

<sup>4)</sup> Dietrich Frenzke: Die Gebietsforderungen der Volksrepublik China gegenüber der Sowjetunion. In: Europa-Archiv 21 (1965), S. 812—820.

offener steuerte China auf die Spaltung der kommunistischen Weltbewegung zu. Im Februar 1964 wurde in Peking ohne Umschweife erklärt: „Die Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung hat gezeigt, daß die internationale Arbeiterbewegung wie alle anderen Dinge in der Welt sich immer in zwei Teile spaltet.“<sup>5)</sup> Auch der Sturz Chruschtschows (Oktober 1964) und der darauf folgende sowjetische Verständigungsversuch vermochten den Separatismus Pekings nicht mehr aufzuhalten. Der Anfangserfolg der Chinesen war beachtlich. Im März 1965 — zur Zeit der von Peking boykottierten Moskauer Konferenz der Neunzehn — standen von den damals existierenden 113 kommunistischen Parteien und Splittergruppen nur noch 68 hinter der KPdSU<sup>6)</sup>. 9 Parteien<sup>7)</sup> sowie 16 Splittergruppen<sup>8)</sup> hielten zur KPCh. Von 15 Parteien wußte man den Standort nicht genau oder aber sie waren keinem der beiden Lager verpflichtet. Auch die kommunistisch gelenkten Frontorganisationen bekamen den Streit zu spüren.

Inzwischen aber ist das chinesische Lager wieder gewaltig zusammengeschrunpft. Die größte kommunistische Partei außerhalb des kommunistischen Lagers, diejenige Indonesiens, wurde zerschlagen. Kuba verbat sich die chine-

sische Subversion. Der ghanesische Stützpunkt ging ausgerechnet während des China-Besuchs Nkrumahs verloren. Afrikanische Staaten verwiesen die Botschafter Chinas des Landes. Die chinesische Konzeption der 2. Bandung-Konferenz stieß auf den Widerstand von Asiaten und Afrikanern und setzte sich nicht durch. Rumänien fühlt sich durch das undiplomatisch-forsche Auftreten Tschou En-lais in Bukarest brüskiert. Nordkorea löst sich zunehmend von Rotchina. Nordvietnam laviert zwischen Moskau und Peking. Unter den japanischen Kommunisten hat die sowjetisch orientierte Richtung wieder die Oberhand gewonnen. Selbst Albanien, das zwar nach wie vor die Pekinger Linie vertritt, ist mit der chinesischen Wirtschaftshilfe unzufrieden. Was bleibt, ist ein schmaler Rest nicht sehr bedeutender Parteien und Splittergruppen. Und auch das sind unsichere Kumpanen. Durch Übermut hat sich Peking den Erfolg verscherzt.

Trotz dieser Rückschläge scheint das Selbstbewußtsein der chinesischen Führer ungebrochen. Man denkt in größeren Zeiträumen. Die einmal formulierte ideologische Linie mit ihrer Mystifizierung und Glorifizierung der Gewalt, die ideologische Frontstellung gegen Moskau ist unverändert. Worum geht es im einzelnen?

## Weltrevolution oder Koexistenz?

China wirft der Sowjetunion vor, sie habe die Weltrevolution aufgegeben und durch eine falsch gehandhabte Politik der friedlichen Koexistenz ersetzt<sup>9)</sup>. Die Sowjetunion umgekehrt wirft China vor, es lehne die Politik der friedlichen Koexistenz ab und betrachte den bewaffneten Kampf als einziges Mittel der Weltrevolution<sup>10)</sup>. Beide, die Sowjetunion<sup>11)</sup> und China<sup>12)</sup>, bezeichnen diese Beschuldigung

gen als böswillige Verleumdungen. Beide haben recht. Denn weder die Sowjetunion hat auf die Weltrevolution verzichtet noch ist China gegen die Koexistenzpolitik überhaupt. Die Beispiele sowjetischer Revolutionsversuche oder doch sowjetischer Unterstützung revolutionärer Bewegungen insbesondere in den Entwicklungsländern sind so zahlreich, daß sich eine Aufzählung erübrigt. Andererseits ist China weder in seiner außenpolitischen Theorie noch in seiner außenpolitischen Praxis grundsätz-

<sup>5)</sup> Die Führung der KPdSU ist der größte Spalter der Gegenwart. Siebter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (4. 2. 1964). Text in: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, Peking 1965, S. 337 bis 399 (348).

<sup>6)</sup> Die Übersicht stammt von Brahm (Anm. 2), S. 54. <sup>7)</sup> Die kommunistischen Parteien von Albanien, Indonesien, Japan, Korea, Laos, Neuseeland, Philippinen, Thailand und Vietnam.

<sup>8)</sup> Splitterparteien in Australien, Belgien, Brasilien, Burma (zwei Parteigruppen), Ceylon, Kolumbien, Indien, Libanon, Malaysia (drei Fraktionen), Nepal, Paraguay, Peru und Spanien.

<sup>9)</sup> Zwei völlig entgegengesetzte Arten der Politik der friedlichen Koexistenz. Sechster Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (12. 12. 1963). Text in: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, Peking 1965, S. 287—335 (289/308).

<sup>10)</sup> Offener Brief des ZK der KPdSU an alle Parteiorganisationen, an alle Kommunisten der Sowjetunion (14. 7. 1963). Text in: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, Peking 1965, S. 588—658 (621: Die chinesischen Genossen machen das Prinzip der friedlichen Koexistenz zur „leeren Phrase“). — M. A. Suslow: Der Kampf der KPdSU für die Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung. Bericht auf dem Plenum des ZK der KPdSU (14. 2. 1964). Text in: Ost-Probleme 9/10 (1964), S. 281 bis 314 (287/291). — Geheime Anklageschrift Moskaus gegen Peking (Januar-Februar 1966). Text in: Ost-Probleme 8 (1966), S. 228—237 (234).

<sup>11)</sup> Offener Brief des ZK der KPdSU (Anm. 10), S. 622.

<sup>12)</sup> Sechster Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (Anm. 9), S. 289/303.

lich gegen die friedliche Koexistenz. Es verfolgt beispielsweise gegenüber Ländern wie Pakistan, Frankreich oder auch England eine Politik, die durchaus dem entspricht, was die Sowjetunion unter friedlicher Koexistenz versteht. China kann sogar zu Recht darauf verweisen, bereits vor der Sowjetunion eine Aufwertung der Koexistenzpolitik betrieben und im chinesisch-indischen Vertrag vom 29. April 1954 die „fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“, die Panch-Schila, mitformuliert zu haben<sup>14)</sup>. Die Sowjetunion habe sich sozusagen durch Flucht nach vorn in einen Zug gesetzt, der bereits in Bewegung war, und dann versucht, das Steuer allein zu führen.

Richtig ist, daß China das Prinzip der friedlichen Koexistenz als „Generallinie“ der Außenpolitik der sozialistischen Staaten ablehnt<sup>14)</sup>. Nach chinesischer Auffassung ist die friedliche Koexistenz nur einer der Aspekte der internationalen Politik der sozialistischen Staaten<sup>15)</sup>. Es sei grundverkehrt, die Generallinie einseitig auf die friedliche Koexistenz zu

reduzieren. Auf keinen Fall dürfe die Koexistenzpolitik auf das Verhältnis zwischen unterdrückten und unterdrückenden Nationen und Klassen Anwendung finden<sup>16)</sup>. Die marxistisch-leninistische Generallinie der sozialistischen Staaten und der internationalen kommunistischen Bewegung sei die folgende: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch; Proletarier aller Länder, vereinigt euch mit den geknechteten Volksmassen und den unterdrückten Nationen; bekämpft Imperialismus und Reaktion in allen Ländern; ringt nach Weltfrieden, nach nationaler Befreiung, nach Volkdemokratie und Sozialismus; festigt und stärkt das sozialistische Lager; realisiert schrittweise den vollen Sieg in der proletarischen Weltrevolution; und errichtet eine neue Welt ohne Imperialismus, ohne Kapitalismus und ohne Ausbeutungssystem.“<sup>17)</sup> Diese Generallinie sei „eine Linie, mit der die Völker aller Länder entschlossen den revolutionären Kampf führen und die proletarische Weltrevolution bis zu Ende führen. . . .“<sup>18)</sup>.

## Wirtschaftlicher Wettbewerb oder bewaffneter Kampf?

Richtig ist ferner, daß Peking vom wirtschaftlichen Wettbewerb fast gar nichts hält<sup>19)</sup>, während nach sowjetischer Auffassung der „wichtigste Beitrag“, die „Hauptaufgabe“ des sozialistischen Lagers zugunsten der Weltrevolution im Zeichen der Koexistenzpolitik gerade im wirtschaftlichen Wettbewerb besteht, im Aufbau des Sozialismus-Kommunismus in den sozialistischen Ländern, in der Stärkung der wirtschaftlichen und militärischen Macht des sozialistischen Lagers, um durch das zündende Beispiel das revolutionäre Feuer zu schüren und mit vermehrter Macht die revolutionären Bewegungen in der ganzen

Welt zu unterstützen<sup>20)</sup>. China dagegen sieht den wichtigsten Beitrag zugunsten der Weltrevolution nicht im wirtschaftlichen Wettbewerb, sondern im bewaffneten Kampf. Es habe im Laufe der Geschichte kaum eine große Revolution ohne revolutionären Krieg gegeben<sup>21)</sup>. Nach wie vor gelte die These Mao Tse-tungs aus den dreißiger Jahren, wonach die „Macht aus den Gewehren kommt“<sup>22)</sup>. Die Führer der KPdSU nähmen diese These als Beweis, daß China „kriegslüstern“ sei. „Werte Freunde“, antworten darauf die chinesischen Genossen in ihrem fünften Kommentar zum offenen Brief des ZK der KPdSU, „werte Freunde, Verleumdungen wie die eurigen hat Genosse Mao Tse-tung bereits vor 25 Jahren widerlegt. Damals sagte er: ‚Vom Standpunkt der marxistischen Lehre vom Staat ist die

<sup>20)</sup> Brief des ZK der KPdSU an das ZK der KPCh (30. 3. 1963). Text in: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, Peking 1965, S. 553—587 (562). — Offener Brief des ZK der KPdSU (Anm. 10), S. 644. — Suslow (Anm. 10), S. 284. — Geheime Anklageschrift Moskaus (Anm. 10), S. 234 („revolutionisierende Wirkung der Beispielskraft des Sozialismus“).

<sup>21)</sup> Zwei Linien in der Frage von Krieg und Frieden. Fünfter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (19. 11. 1963). Text in: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, Peking 1965, S. 247—286 (268).

<sup>22)</sup> a. a. O., S. 268.

<sup>14)</sup> Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung. Antwort des ZK der KPCh auf den Brief des ZK der KPdSU vom 30. 3. 1963 (14. 6. 1963). Text in: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, Peking 1965, S. 3—61 (35). — Sechster Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (Anm. 9), S. 300.

<sup>15)</sup> Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (Anm. 13), S. 5 f.

<sup>16)</sup> a. a. O., S. 307.

<sup>17)</sup> a. a. O., S. 315.

<sup>18)</sup> Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (Anm. 13), S. 37. — Sechster Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (Anm. 9), S. 290/312.

<sup>19)</sup> a. a. O., S. 6.

<sup>20)</sup> a. a. O., S. 28. — Sechster Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (Anm. 9), S. 319.

Armee der wichtigste Bestandteil des Apparats der Staatsmacht. Wer die Staatsmacht an sich reißen und behaupten will, muß eine mächtige Armee haben. So mancher verspottet uns als Anhänger der ‚Theorie von der Allmacht des revolutionären Krieges‘. Ja, wir sind Anhänger der Theorie von der Allmacht

des revolutionären Krieges. Das ist nicht schlecht, das ist gut, das ist marxistisch.“<sup>23)</sup> Und Verteidigungsminister Lin Piao begegnet dem sowjetischen Vorwurf „Ihr seid kriegslüster!“ mit der hochmütigen Antwort: „Meine Herren, eure Beschimpfungen vermehren nur unser Ansehen.“<sup>24)</sup>

## Friedliche oder nichtfriedliche Revolution?

China wirft der Sowjetunion vor, sie lehne die nichtfriedliche Revolution, ja überhaupt die Revolution in den kapitalistischen Staaten ab<sup>25)</sup>: Die Führer der KPdSU „machen keine Revolution, sie verbieten auch anderen, Revolutionen zu machen.“<sup>26)</sup> Umgekehrt wirft die Sowjetunion China vor, es lehne jede Art der friedlichen Revolution in den kapitalistischen Staaten ab, es lehne damit „im Namen der Revolution“ gerade die Wege ab, die in den kapitalistischen Staaten zur Revolution führen würden<sup>27)</sup>. Der sowjetische Vorwurf ist überspitzt, der chinesische unzutreffend. Auch nach sowjetischer Auffassung ist der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus nur durch Revolution und die anschließende Errichtung der Diktatur des Proletariats möglich<sup>28)</sup>. Auch die Sowjetunion schließt die nichtfriedliche Revolution, das heißt die Revolution durch Bürgerkrieg, nicht aus. Aber sie gibt der friedlichen Revolution gegenwärtig den Vorzug, weil diese Methode zur Zeit mehr Aussicht auf Erfolg verspricht. Umgekehrt lehnt Peking den friedlichen Übergang nicht grundsätzlich ab, vertritt aber unter Berufung auf Lenin den Standpunkt, die friedliche Revolution sei eine „in der Geschichte der Revolution außerordentlich seltene Möglichkeit“<sup>29)</sup>. Von sowjetischer Seite wird darauf entgegnet, es treffe zwar zu, daß die sozialistischen Revolutionen bis vor kurzem unter Kriegsbedingungen stattgefunden hätten oder durch Kriege beschleunigt worden seien; aus dieser Erfahrung der Vergangenheit folge indessen keineswegs, daß auch in der Gegenwart die Revolution nur unter Kriegs- und nicht unter Friedensbedingungen

zu siegen vermöge<sup>30)</sup>. Die Chancen der friedlichen Revolution wüchsen mit dem zunehmenden Einfluß des sozialistischen Lagers auf die Weltpolitik<sup>31)</sup>. Der Streit dreht sich also nicht um die grundsätzliche Befürwortung der nichtfriedlichen Revolution, sondern um die Beurteilung der Erfolgchancen der friedlichen Revolution. Die chinesischen Führer behaupten weiter, es gebe bis heute kein einziges Beispiel für den friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus<sup>32)</sup>. Auch das sowjetische Paradebeispiel des Prager Staatsreiches ist nach chinesischer Auffassung das Resultat des Zweiten Weltkrieges und nicht eine friedliche Revolution. Offensichtlich besteht demnach Uneinigkeit nicht nur über die Opportunität, die Zweckmäßigkeit und die Erfolgchancen, sondern auch über den Begriff der friedlichen Revolution. Heftige Kritik übt Peking an der Art, wie die kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Staaten die Einheits- und Volksfronttaktik handhaben. Sie beschuldigen insbesondere die kommunistischen Parteien Italiens, Frankreichs und der USA des Opportunismus, des Revisionismus, des „parlamentarischen Kretinismus“ und des „Abgleitens zum bürgerlichen Sozialismus“. Peking ist heute der Auffassung, daß es auf den beiden Kommunisten-Konzilen der sowjetischen Konzeption des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus zu weit entgegengekommen ist und schlägt den kommunistischen Parteien vor, die Deklarationen von 1957 und 1960 in dieser Hinsicht zu revidieren<sup>33)</sup>.

<sup>23)</sup> P. N. Fedosejev: Dialektika sovremennogo obščestvennogo razvitiija (Die Dialektik der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung). In: Vestnik Akademij nauk SSSR 9 (1965), Deutsche Übersetzung in: Ost-Probleme 12 (1966), S. 354 bis 364 (357).

<sup>31)</sup> a. a. O., S. 359.

<sup>32)</sup> Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (Anm. 13), S. 22.

<sup>33)</sup> Die proletarische Revolution und der Revisionismus Chruschtschows. Achter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (31. 3. 1964). Text in: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, Peking 1965, S. 401—461 (418).

<sup>23)</sup> a. a. O., S. 268 f.

<sup>24)</sup> Lin Piao: Es lebe der Sieg im Volkskrieg! In: Peking Rundschau 37 (1965), S. 11—33 (30).

<sup>25)</sup> Fünfter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (Anm. 21), S. 271. — Sechster Kommentar (Anm. 9), S. 326.

<sup>26)</sup> a. a. O., S. 318.

<sup>27)</sup> Offener Brief des ZK der KPdSU (Anm. 10), S. 639 f.

<sup>28)</sup> Brief des ZK der KPdSU vom 30. 3. 1963 (Anm. 20), S. 571.

<sup>29)</sup> Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (Anm. 13), S. 22.

China wirft der Sowjetunion vor, sie sei gegen die nationalen Befreiungskriege der unterdrückten Völker in Asien, Afrika und Lateinamerika<sup>34)</sup>. Die Sowjetunion umgekehrt wirft China vor, es lehne die Möglichkeit eines friedlichen nationalen Befreiungskampfes in den Entwicklungsländern ab<sup>35)</sup>. Wiederum sind der sowjetische Vorwurf überspitzt, der chinesische unzutreffend. Die Sowjetunion hat nationale Befreiungskriege immer in der Theorie bejaht und in der Praxis — manchmal zwar mit halbem Herzen und mäßigem Einsatz — unterstützt. Sie gewährt den nationalen Befreiungskriegen nach ihrer Selbstdarstellung „allergrößte Unterstützung“<sup>36)</sup>. Sogar von den „heiligen Befreiungskriegen“ wird geredet, denen die Sowjetunion mit allen Kräften „moralischen, wirtschaftlichen, militärischen und politischen Beistand“ leiste<sup>37)</sup>. Richtig ist aber, daß Peking der „nationalen Befreiungsbewegung“ in den Entwicklungsländern ganz allgemein größere Bedeutung beimißt als die Sowjetunion. Nach chinesischer Auffassung ist sie die „Hauptkraft“ im Kampf gegen den Imperialismus. Nach sowjetischer Auffassung hingegen ist das sozialistische Weltssystem die „Hauptkraft“<sup>38)</sup>. Nach chinesischer Ansicht besteht der „Hauptwiderspruch“ der Gegenwart zwischen den Entwicklungsländern und den imperialistischen Staaten, nach sowjetischer Ansicht zwischen den sozialistischen Ländern und den kapitalistischen Staaten<sup>39)</sup>. Dementsprechend hält Peking die Entwicklungsländer für die „wichtigsten Sturzcentren der Weltrevolution“<sup>40)</sup>. So auch Lin Piao in seinem bekannten Aufsatz: „Gegenwärtig ist das Hauptkampfgebiet des erbitterten Ringens der Völker der ganzen Welt ... der weite Raum von Asien, Afrika und Lateinamerika. ... Der Widerspruch zwischen den revolutionären Völkern in Asien, Afrika und Lateinamerika auf der einen Seite und den Imperialisten mit den Vereinigten Staaten an der

Spitze auf der anderen ist in der heutigen Welt der Hauptwiderspruch.“<sup>41)</sup> In Analogie zum „revolutionären Volkskrieg“ in China, wo die kommunistischen Streitkräfte durch Vermehrung der Stützpunkte auf dem Lande die Städte allmählich einkreisen, bezeichnet Lin Piao Nordamerika und Westeuropa als die „Weltstädte“ und die Entwicklungsländer als die „Weltdörfer“ und fordert den Kampf der Weltdörfer gegen die Weltstädte, die Einkreisung der Weltstädte durch die Weltdörfer<sup>42)</sup>. Das ist nach sowjetischer Auffassung „gleichbedeutend mit der Ablehnung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und bedeutet die völlige Revision der marxistisch-leninistischen Lehre von der welthistorischen Mission der Arbeiterklasse“<sup>43)</sup>. Das Zentrum der Weltrevolution habe sich nicht jenseits der Grenzen des sozialistischen Weltsystems verschoben<sup>44)</sup>. Bezeichnenderweise ist in dieser Lagebeurteilung Lin Piao Osteuropa einschließlich der Sowjetunion an die Peripherie des Weltgeschehens verdrängt. Das entspricht einer Tendenz, die von sowjetischer Seite offen als „rassistisch“ angeprangert wird<sup>45)</sup> und vielleicht am schärfsten auf der afro-asiatischen Solidaritätskonferenz 1963 zum Ausdruck gekommen ist, als der chinesische Delegierte den anwesenden Russen ins Gesicht sagte: „Die Länder Osteuropas haben sich nicht in die Angelegenheiten Asiens und Afrikas einzumischen. Wir bedauern, daß Sie überhaupt hierhergekommen sind, was haben Sie hier zu suchen, das ist eine Beleidigung der Solidaritätsbewegung der afro-asiatischen Länder. ... Tun Sie, was Sie wollen, aber wir werden gegen Sie sein.“<sup>46)</sup> In der sowjetischen Quelle, der dieses Zitat entnommen ist, heißt es dann weiter: „Die chinesischen Delegierten auf dieser Konferenz versuchten, den Vertretern der asiatischen und afrikanischen Länder einzureden, daß man sich auf die Russen, Tschechen, Polen, da sie doch Weiße sind, nicht verlassen kann, daß sie immer mit den weißen Amerikanern eine gemeinsame Sprache finden werden, daß die Völker Asiens und Afrikas besondere Interessen hätten und eigene, abgesonderte Vereinigungen schaffen müßten.“<sup>47)</sup>

<sup>34)</sup> Die Verfechter des neuen Kolonialismus. Vierter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (22. 10. 1963). — Text in: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, Peking 1965, S. 207—245 (221). — Fünfter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (Anm. 21), S. 270.

<sup>35)</sup> Suslow (Anm. 10), S. 292.

<sup>36)</sup> Offener Brief des ZK der KPdSU (Anm. 10), S. 611.

<sup>37)</sup> Brief des ZK der KPdSU vom 30. 3. 1963 (Anm. 20), S. 573.

<sup>38)</sup> Suslow (Anm. 19), S. 283.

<sup>39)</sup> a. a. O., S. 283. — Offener Brief des ZK der KPdSU (Anm. 10), S. 640. — Fedosejev (Anm. 30), S. 354.

<sup>40)</sup> Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (Anm. 13), S. 14.

<sup>41)</sup> Lin Piao (Anm. 24), S. 28. — Andererseits: Vierter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (Anm. 34), S. 225.

<sup>42)</sup> Lin Piao (Anm. 24), S. 26.

<sup>43)</sup> Geheime Anklageschrift Moskaus (Anm. 10), S. 234.

<sup>44)</sup> Fedosejev (Anm. 30), S. 360.

<sup>45)</sup> Kommunist 14 (1963), S. 11: Peking ersetzt den „Klassenstandpunkt durch den Rassenstandpunkt“.

<sup>46)</sup> Suslow (Anm. 10), S. 293.

<sup>47)</sup> ebenda.

## Revolutionäre Flut oder Ebbe?

Die Forderung der Chinesen auf rücksichtslose Förderung der „permanenten Revolution“ beruht zum Teil auf einer im Vergleich zu den Russen optimistischeren Beurteilung der Weltlage. Als die Sowjetunion Ende der fünfziger Jahre die Möglichkeit erwarb, die USA unmittelbar — nicht mehr nur mittelbar über die westeuropäischen Geiseln — mit interkontinentalen ballistischen Flugkörpern zu bedrohen, glaubten sowohl Peking als auch Moskau, daß diese neue Situation einen entscheidenden politischen Machtgewinn des kommunistischen Lagers zulassen würde. Aber schon damals waren Unterschiede festzustellen. Die Chinesen gebärdeten sich risikofreudiger als die Russen. Vor allem erhofften und forderten sie eine risikofreudigere Unterstützung ihrer eigenen politischen Ziele durch die Russen. Diese Hoffnung wurde enttäuscht. Seit der

Kuba-Krise (1962) sind die Meinungsverschiedenheiten in der Lagebeurteilung erheblich gewachsen. Während die chinesischen Kommunisten nach wie vor von einer äußerst günstigen revolutionären Weltlage sprechen, ist man in Moskau skeptischer geworden. In der „geheimen“ sowjetischen Anklageschrift gegen China heißt es dazu: „Die Führer der KPCh versuchen, der kommunistischen Bewegung den Kurs auf die unverzügliche Revolution in allen Ländern aufzuzwingen, unabhängig von der Auswahl der Bedingungen. Sie wiederholen beharrlich, daß sich ‚in der ganzen Welt eine gute revolutionäre Situation herausgebildet‘ habe, daß seit langem schon 90 Prozent der Bevölkerung des Erdballs‘ zur Revolution bereit wären. Wenn das wirklich so wäre, dann wäre es nicht schwer, die Weltrevolution zu vollziehen. Aber die Tatsachen zeigen, daß das nicht so ist.“<sup>48)</sup>

## Vermeidbarkeit oder Unvermeidbarkeit des Krieges?

China wirft der Sowjetunion vor, sie halte alle Kriegsarten für vermeidbar, auch die revolutionären Kriege<sup>49)</sup>. Die Sowjetunion umgekehrt wirft China vor, es halte alle Kriegsarten für unvermeidbar, auch den Weltkrieg<sup>50)</sup>. Wenn die Dogmatiker, gemeint sind die chinesischen Genossen, von friedlicher Koexistenz sprächen, so meinten sie damit „das augenblickliche Fehlen eines Krieges, den Zustand des Friedens in einer Periode zwischen unvermeidlichen Kriegen“<sup>51)</sup>. Diese Auffassung liefere den Imperialisten das Argument, „die Kommunisten würden die Politik der friedlichen Koexistenz nur aus taktischen Erwägungen propagieren, sie seien für den Frieden nur bis zum Beginn eines Krieges“, sie betrachteten die friedliche Koexistenz als „Waffenstillstand zwischen unvermeidlichen Kriegen“<sup>52)</sup>. Die „Pseudo-Marxisten“, gemeint sind die chinesischen Genossen, wollten beweisen, daß der Klassenkampf im Weltmaßstab letztlich unvermeidbar einen militärischen Konflikt mit dem Imperialismus auslösen müsse, daß der Imperialismus nur durch einen

Weltkrieg vernichtet werden könne<sup>53)</sup>. Diese „linken Schreihälse“ hielten den Weltkrieg nicht nur für unvermeidbar, sondern sie trieben zusammen mit den Reaktionen aus dem Lager des Imperialismus zum thermonuklearen Krieg<sup>54)</sup>. Diese „ultrarevolutionären Phrasendrescher“ betrachteten den Krieg als annehmbares und einziges Mittel zur Lösung der Widersprüche zwischen Kapitalismus und Sozialismus<sup>55)</sup>. Diese „Helden der pseudorevolutionären Phrase“ wollten den Sozialismus auf den Trümmern eines thermonuklearen Weltkrieges errichten<sup>56)</sup>.

Beide, die Sowjetunion und China, bezeichnen die gegenseitigen Vorwürfe als böswillige Verleumdung. Die chinesischen Kommunisten sprechen sogar von einer „vorsätzlich zusammengebrachten Lüge“; die Führer der KPdSU hätten „viel zusammengelogen, um die chinesischen Kommunisten zu verleumden“<sup>57)</sup>. Mao Tse-tung habe nicht erst 1956, sondern bereits 1946 die These aufgestellt, daß ein neuer Weltkrieg vermieden werden könne<sup>58)</sup>. Niemand behaupte, daß die Revolution unbedingt durch einen Weltkrieg herbeigeführt

<sup>48)</sup> Geheime Anklageschrift Moskaus (Anm. 10), S. 234.

<sup>49)</sup> Fünfter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (Anm. 21), S. 266/270.

<sup>50)</sup> Andrej A. Gromyko (Einleitung und Gesamtedition): Die friedliche Koexistenz. Der Leninische Kurs der Außenpolitik der Sowjetunion, Berlin (Ost) o. J. (1963), S. 124.

<sup>51)</sup> a. a. O., S. 74.

<sup>52)</sup> ebenda.

<sup>53)</sup> a. a. O., S. 122.

<sup>54)</sup> a. a. O., S. 126.

<sup>55)</sup> Suslow (Anm. 10), S. 287.

<sup>56)</sup> Offener Brief des ZK der KPdSU (Anm. 10), S. 608 f.

<sup>57)</sup> Fünfter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (Anm. 21), S. 250—265.

<sup>58)</sup> a. a. O., S. 262—265.

werden müsse<sup>50</sup>). Nicht die chinesischen, sondern die sowjetischen Führer fuchtelten mit Atomwaffen herum, betrieben eine Politik der „Atomerpresung“ und hätten sich beispielsweise im Fall Kuba durch „Abenteurertum“ und „unverantwortliches nukleares Hasardspiel“ ausgezeichnet<sup>60</sup>).

Beide, die Sowjetunion und China, haben teilweise recht, wenn sie die Vorwürfe der Gegenseite als Verleumdung bezeichnen. Denn weder Moskau hält revolutionäre Kriege für vermeidbar noch betrachtet Peking den Weltkrieg als unvermeidbar.

Richtig ist, daß die Sowjetunion alle zwischenstaatlichen Kriege, den Weltkrieg ebenso wie lokale Kriege, für vermeidbar hält. China dagegen spricht immer nur von der Vermeidbarkeit eines neuen Weltkrieges, niemals aber von der Vermeidbarkeit lokaler zwischenstaatlicher Kriege. Ausdrücklich bezeichnen zwar die chinesischen Kommunisten nur Bürgerkriege und nationale Befreiungskriege als unvermeidbar<sup>61</sup>). Offensichtlich machen sie aber keinen Unterschied zwischen nationalen Be-

freiungskriegen und lokalen zwischenstaatlichen Kriegen<sup>62</sup>). Und wenn sie behaupten, die Imperialisten hätten nach dem Zweiten Weltkrieg überall in der ganzen Welt, vor allem in Afrika, Asien und Lateinamerika „unaufhörlich Lokalkriege und bewaffnete Zusammenstöße verschiedener Art ausgelöst“<sup>63</sup>), so wollen sie damit den historischen Beweis für die Unvermeidbarkeit lokaler zwischenstaatlicher Kriege erbringen. Peking ist also für die Vermeidbarkeit des Weltkrieges, aber gegen die Vermeidbarkeit aller übrigen Kriegsarten und hält in diesem Sinne an Lenins These der Unvermeidbarkeit des Krieges fest<sup>64</sup>). Daß Rotchina zwischenstaatliche Lokalkriege nicht nur für unvermeidbar betrachtet, sondern bereit ist, solche Kriege selbst auszulösen, hat es durch die Provozierung des chinesischen Grenzkrieges der Weltöffentlichkeit vor-demonstriert. Demgegenüber hält die Sowjetunion lokale zwischenstaatliche Kriege nicht nur für vermeidbar, sondern sie bekennt sich — im Gegensatz zur früheren Praxis — zum Grundsatz, solche Kriege selbst nicht auszulösen.

## Atombombe: Papiertiger oder nicht?

Nach sowjetischer Auffassung hat die kriegstechnische Entwicklung, insbesondere die Entwicklung von Raketen- und Atomwaffen, nicht nur die Strategie und Taktik der Weltrevolution beeinflußt, sondern sie hat auch die bisher gültige Vorstellung vom Kriege, das Kriegsbild grundlegend verändert<sup>65</sup>). Das Schwergewicht der strategischen Planung der Sowjetunion liegt demzufolge auf der nuklearen Bewaffnung, während die Landstreitkräfte zwar nach wie vor hoch veranschlagt werden, aber in der Wertskala doch hinter den Raketen-

streitkräften rangieren<sup>66</sup>). Das ist nach Auffassung der chinesischen Genossen „Atomfetischismus“<sup>67</sup>). Sie halten den sowjetischen Führern vor, sie sähen nichts als Atomwaffen<sup>68</sup>). Und sie zitieren in diesem Zusammenhang gern einen Ausspruch, der Chruschtschow auf der Bukarester Tagung der kommunistischen Parteien (1960) in einem seiner Temperamentsausbrüche entschlüpft sein soll: „Für uns, die wir moderne Waffen besitzen, sind Milizionäre keine Truppen mehr, sondern ein Haufen Fleisch.“<sup>69</sup>) Die chinesischen Strategen betonen demgegenüber die überragende Bedeutung der Landstreitkräfte, der Volksmassen und der Volksmiliz im modernen Krieg. Nicht die Nuklearwaffen seien kriegsentscheidend, vielmehr hänge der siegreiche Ausgang des modernen Krieges von der engen Verbundenheit zwischen den Streitkräften und den Volksmassen ab, von der engen Zusammenarbeit

<sup>50</sup>) Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (Anm. 13), S. 30.

<sup>60</sup>) Fünfter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (Anm. 21), S. 276.

<sup>61</sup>) a. a. O., S. 267.

<sup>62</sup>) Ein typisches Beispiel: „Gewisse Leute sagen, daß Revolutionen ohne Kriege durchaus möglich sind. Welche Kriege sind damit eigentlich gemeint? Ist hier von einem nationalen Befreiungskrieg, einem revolutionären Bürgerkrieg oder einem Weltkrieg die Rede?“ Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (Anm. 13), S. 30.

<sup>63</sup>) Fünfter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (Anm. 21), S. 267.

<sup>64</sup>) a. a. O., S. 266.

<sup>65</sup>) Offener Brief des ZK der KPdSU (Anm. 10), S. 605. — W. D. Sokolowski (Hg.): Militär-Strategie, Köln 1965, S. 48—52.

<sup>66</sup>) a. a. O., S. 338 f.

<sup>67</sup>) Fünfter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (Anm. 21), S. 270 ff.

<sup>68</sup>) a. a. O., S. 276.

<sup>69</sup>) a. a. O., S. 277. — Sowjetische Version des Chruschtschow-Ausspruchs in der sowjetischen Regierungserklärung vom 21. 9. 1963. Text in: Prawda, 21./22. 9. 1963; Ost-Probleme 23 (1963), S. 718—729 (723).

zwischen den verschiedenen Waffengattungen, unter denen die Landstreitkräfte, besonders die Infanterie, die wichtigsten seien. Bezeichnend für diesen Aspekt der chinesischen Militärdoktrin sind die Ausführungen des inzwischen abgesetzten chinesischen Generalstabschefs Luo Jui-tschung aus Anlaß des 20. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges. Luo schreibt unter anderem: „Die geschichtliche Erfahrung des antifaschistischen Krieges lehrt uns, daß im Krieg Waffen ein wichtiger, aber nicht der entscheidende Faktor sind und daß die Völker und nicht die Dinge der grundlegende Faktor sind, der den Ausgang des Krieges entscheidet. ... Alle diese Tatsachen zeigen erneut, daß der Sieg im Krieg nicht von neuen Waffen irgendwelcher Art oder einer besonderen technischen Waffengattung abhängt. Er hängt von der engen Verbundenheit zwischen den Streitkräften und den Massen der Zivilbevölkerung ab, den gemeinsamen Anstrengungen des Volkes an der Front und im Hinterland, der Koordinierung zwischen dem Schlachtfeld an der Front und dem Schlachtfeld im feindlichen Hinterland und der engen Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Armee-Einheiten und Waffengattungen, von denen die Bodestreitkräfte, besonders die Infanterie, am wichtigsten sind. Ohne den heldenmütigen Kampf der Bodestreitkräfte können keine neuen Waffen, wie wirksam sie auch sein mögen, den Ausgang von Schlachten entscheiden oder die politischen Ziele eines Krieges erreichen. Dies ist ein weiteres Gesetz, eine Wahrheit, die für den Krieg gilt. Das trifft für andere Kriege ebenso sehr wie für den antifaschistischen Krieg zu. Es galt vor dem Auftauchen der Atomwaffen und gilt nachher. Es gilt für die unterdrückten Völker, die einen revolutionären Kampf führen, wie auch für ein mächtiges sozialistisches Land, beispielsweise die Sowjetunion. ... Aber die Atombombe kann, wie Genosse Mao Tse-tung aufzeigte, den Ausgang des Krieges nicht entscheiden, da ‚ohne die Kämpfe der Völker die Atombomben an sich nutzlos wären‘ und ‚die Atombombe ein Papiertiger ist, mit dem die amerikanischen Reaktionen die Menschen einschüchtern.“<sup>70)</sup> Im gleichen Sinne schreibt der inzwischen zum zweiten Mann aufgerückte chinesische Verteidigungsminister Lin Piao: „Wie hoch entwickelt moderne Waffen und technische Ausrüstungen auch sein mögen und wie kompli-

ziert die Methoden moderner Kriegführung, in letzter Analyse wird der Ausgang des Krieges durch den ausdauernden Kampf des Heeres entschieden, im Nahkampf auf dem Kriegsschauplatz, durch das politische Bewußtsein des Menschen, durch seinen Mut und seine Opferbereitschaft. ... Die geistige Atombombe, welche die revolutionären Völker besitzen, ist eine weitaus gewaltigere und nützlichere Waffe als die physikalische Atombombe. ... Immer, seitdem Lenin die Große Oktoberrevolution zum Sieg geführt hat, ging aus der Erfahrung in unzähligen revolutionären Kriegen die Wahrheit hervor, daß es einem revolutionären Volk, das sich am Anfang mit bloßen Händen erhebt, am Ende gelingt, die bis an die Zähne bewaffnete herrschende Klasse zu besiegen. Die mangelhaft Bewaffneten haben die besser Bewaffneten besiegt. Die Volksstreitkräfte begannen mit primitiven Schwertern, Speeren, Gewehren und Handgranaten und haben zum Schluß die mit modernen Flugzeugen, Panzern, schwerer Artillerie und Atombomben bewaffneten imperialistischen Streitkräfte besiegt. Die Partisanentruppen haben am Ende reguläre Armeen geschlagen. ‚Laien‘, die nie in einer militärischen Schule ausgebildet worden waren, haben am Ende die an Militärakademien graduierten ‚Berufsmilitärs‘ besiegt. ... Die Theorie ihrer (der sowjetischen — Verf.) militärischen Strategie besteht in der Theorie, daß die Kernwaffen alles entscheiden. Ihre Linie beim Aufbau der Armee ist die bürgerliche Linie, die den Faktor Mensch übersieht und nur den Faktor Material ansieht, Technik als alles und Politik überhaupt nicht betrachtet.“<sup>71)</sup> Nach chinesischer Auffassung hat die kriegstechnische Entwicklung keinen Einfluß auf die Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes, auf die Strategie und Taktik der Weltrevolution<sup>72)</sup>. Gar nichts hält Peking von der psycho-politischen Atomkriegführung, das heißt von dem in der Chruschtschow-Ara praktizierten Versuch, durch bloße Atomdrohung politische Ziele zu erpressen<sup>73)</sup>. Die chinesischen Genossen können sich im Gegenteil nicht genug darin tun, das Fiasko dieser „abenteuerlichen“ Politik Chruschtschows am Beispiel Kubas bloßzustellen. Gleiches gilt von der Abschreckungsstrategie der USA. Diese könne nur Menschen mit schwachen Nerven beeindrucken — gemeint sind die Russen.

<sup>70)</sup> Luo Jui-tschung: Des Sieges über den deutschen Faschismus gedenken: Den Kampf gegen den USA-Imperialismus zu Ende führen! In: Peking Rundschau 20 (1965), S. 7—17 (12—15).

<sup>71)</sup> Lin Piao (Anm. 24), S. 29 f.

<sup>72)</sup> Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (Anm. 13), S. 34.

<sup>73)</sup> Fünfter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (Anm. 21), S. 276.

Die unterschiedliche Bewertung der Atomwaffen ist zum Teil eine Konsequenz der verschiedenen Beurteilung der Gefahr eines Atomkrieges und der Eskalation. Nach Auffassung der chinesischen Strategen hat die Geschichte seit 1945 den Beweis erbracht, daß a) die revolutionäre Kriegführung ohne Atomwaffen auskommt<sup>74)</sup>, b) Bürgerkriege, nationale Befreiungskriege und zwischenstaatliche Lokalkriege nicht zum Atom- und Weltkrieg ausarten<sup>75)</sup>. Die Atombombe sei ein Papiertiger<sup>76)</sup>. Amerika sei ein Papiertiger<sup>77)</sup>. Alle Imperialisten und Reaktionäre seien Papiertiger<sup>78)</sup>. Letzten Endes sei der amerikanische Papiertiger immer davor zurückgeschreckt, die Atomwaffen einzusetzen, und er werde höchst wahrscheinlich auch in Zukunft davor zurückschrecken. „Seit 20 Jahren geben die Vereinigten Staaten Dutzende Milliarden Dollar zur Massenproduktion von Atom- und Wasserstoffbomben aus, aber welchen Nutzen haben ihre Atombomben gehabt, ausgenommen, daß sie Menschen mit schwachen Nerven einschüchterten?“<sup>79)</sup> Ihre Atombomben hätten den Sieg der revolutionären Kriege in China, Korea, Vietnam, Kuba und Algerien nicht verhindert<sup>80)</sup>. Obwohl der USA-Imperialismus mit Atombomben herumfuchtele und von nuklearer Vergeltung brülle, sei er mit all seinen Raketen und mit seinen Armeen „verweichtlicher Soldaten“ vor den Wundern, die durch die Gewehre, Handgranaten und sogar durch so primitive Waffen wie Pfeil und Bogen und Messer in den Händen der revolutionären Völker errungen würden, völlig hilflos<sup>81)</sup>. Unser Jahrhundert sei Zeuge, wie der Atomimperialismus „eine hervorragende Farce“ aufspiele<sup>82)</sup>. So betrachtet, erhält die chinesische These der Vermeidbarkeit des Weltkrieges eine neue Dimension: Der Weltkrieg ist ver-

meidbar, deshalb unterstützt hemmungslos alle Bürgerkriege, nationalen Befreiungskriege und zwischenstaatlichen Lokalkriege zum Frommen der Weltrevolution! Freilich haben sich hier die chinesischen Ideologen selbst in einen Widerspruch verstrickt, wenn sie der Sowjetunion einerseits vorwerfen, den kriegerischen Charakter des Imperialismus, der USA, überhaupt die Kriegsgefahr, auch die Gefahr eines Weltkrieges zu unterschätzen, andererseits aber selbst die Möglichkeit der Eskalation geringschätzen und die USA als Papiertiger verharmlosen. Entweder ist Amerika ein Papiertiger oder die chinesischen Propagandisten malen, ohne selbst daran zu glauben, das Schreckgespenst des waffenstarrenden und kriegslüsternen Imperialismus an die Wand, um mit Hilfe dieser Nötlüge die Massen um die kommunistische Partei zu scharen und gegen das Phantom Imperialismus aufzuhetzen: Naive und Leichtgläubige der ganzen Welt, vereinigt euch!

Moskau fällt es nicht schwer, den Spieß umzudrehen und Peking der Unterschätzung der Atomkriegsgefahr zu bezichtigen<sup>83)</sup>. Die sowjetischen Strategen halten die Gefahr der Eskalation eines lokalen Krieges für möglich bis wahrscheinlich<sup>84)</sup>. Jeder konventionelle zwischenstaatliche Lokalkrieg, an dem sich die Atommächte in irgend einer Form beteiligen, habe die Tendenz zum Weltkrieg. Und ein Weltkrieg werde unvermeidlich ein Nuklearkrieg sein<sup>85)</sup>. Anscheinend neigt die Sowjetunion aber auch in der Frage der Unterstützung nationaler Befreiungskriege und innerstaatlicher Bürgerkriege dazu, das globale Risiko der Eskalation in die Beurteilung der Lage miteinzubeziehen. Vor 1963 war die sowjetische Militärdoktrin in der Frage der Eskalation kategorischer. Damals hieß es, jeder zwischenstaatliche Lokalkrieg, in den die Atommächte in irgendeiner Form verstrickt wären, führe unvermeidlich zum atomaren Weltkrieg. Heute ist nur noch von der Möglichkeit oder der Wahrscheinlichkeit die Rede.

<sup>74)</sup> a. a. O., S. 274.

<sup>75)</sup> Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (Anm. 13), S. 32 f. — Lin Piao (Anm. 24), S. 30.

<sup>76)</sup> Mao Tse-tung: Interview mit der amerikanischen Korrespondentin Anna Louise Strong. Peking 1961, S. 9.

<sup>77)</sup> Mao Tse-tung: Die gegenwärtige Lage und unsere Aufgaben. Peking 1961, S. 39.

<sup>78)</sup> Lin Piao (Anm. 24), S. 25.

<sup>79)</sup> Luo Jui-tschung (Anm. 70), S. 15.

<sup>80)</sup> ebenda.

<sup>81)</sup> ebenda.

<sup>82)</sup> ebenda.

<sup>83)</sup> Offener Brief des ZK der KPdSU (Anm. 10), S. 607.

<sup>84)</sup> Sokolowski (Anm. 65), S. 91/267/277. — Sowjetische Regierungserklärung vom 21. 9. 1963 (Anm. 69), S. 727.

<sup>85)</sup> Offener Brief des ZK der KPdSU (Anm. 10), S. 609.

## Resultat des dritten Weltkrieges:

### Untergang der Menschheit oder des Kapitalismus?

Sollte es trotzdem zu einem atomaren Weltkrieg kommen, so gibt sich Peking in der Beurteilung seiner Folgen optimistisch. Nach Auffassung der chinesischen Führer kann der Kommunismus in einem Weltkrieg nur gewinnen. Suslow zitiert aus den Geheimverhandlungen des Moskauer Konzils von 1957 den folgenden Ausspruch Mao Tse-tungs: „Kann man voraussehen, welche Menge an Menschenopfern ein zukünftiger Krieg fordern wird? Möglicherweise wird das ein Drittel der 2,7 Milliarden zählenden Erdbevölkerung sein, das heißt nur 900 Millionen Menschen. . . Ich habe mit Nehru über diese Frage gestritten. Er ist in dieser Hinsicht pessimistischer als ich. Ich habe ihm gesagt, wenn die Hälfte der Menschheit vernichtet wird, bleibt immer noch eine Hälfte übrig, dafür wird aber der Imperialismus vollständig vernichtet, und auf der Welt wird es nur noch den Sozialismus geben, und in einem halben Jahrhundert oder in einem ganzen Jahrhundert wird die Bevölkerung wieder herangewachsen sein, sogar um mehr als die Hälfte.“<sup>86)</sup> Möglich, daß hier tatsächlich das Kalkül mitspielt — die Russen

selbst haben den Verdacht ausgesprochen<sup>87)</sup> —, die USA und die Sowjetunion würden in einem dritten Weltkrieg am meisten betroffen und ihre Weltmachtposition einbüßen (so wie die europäischen Staaten durch den Ersten und Zweiten Weltkrieg ihre Weltmachtposition einbüßen), so daß China als neue und einzige Weltmacht aus dem Ringen entstehen könnte. Die oft wiederholte Antwort chinesischer Sprecher auf die Frage nach dem dritten Weltkrieg lautet kurz und bündig: „1. Wir sind dagegen; 2. Wir haben keine Angst davor.“ Denn im Ersten Weltkrieg sei der erste sozialistische Staat, die Sowjetunion, mit einer Bevölkerung von 200 Millionen entstanden. Der Zweite Weltkrieg habe die Entstehung des sozialistischen Lagers mit einer Gesamtbevölkerung von 900 Millionen bewirkt. Woraus als geschichtlich erwiesene Lehre folgere, daß im dritten Weltkrieg der Imperialismus untergehen und der Sozialismus den Sieg davontragen werde<sup>88)</sup>. „Auf den Ruinen des toten Imperialismus aber würden die siegreichen Völker sehr schnell eine tausendmal erhabeneren Zivilisation als die kapitalistische aufbauen und eine wirklich herrliche Zukunft sichern.“<sup>89)</sup> Also nochmals: Unterstützt hemmungslos Bürgerkriege, nationale Befreiungskriege und zwischenstaatliche Lokalkriege, selbst auf das Risiko einer Ausweitung zum Weltkrieg, denn ein Weltkrieg kann dem Kommunismus und vor allem China letzten Endes nur nützen, und es würde ja schlimmstenfalls nur die Hälfte der Menschheit draufgehen!

<sup>86)</sup> Suslow (Anm. 10), S. 287. — Vgl. die abgeschwächte chinesische Version des Mao-Zitats in der chinesischen Regierungserklärung vom 1. 9. 1963. Text in: Peking Rundschau 36 (1963), S. 7—16; Ost-Probleme 23 (1963), S. 714—718 (716).

Weitere Belege für die Geringschätzung der Folgen eines dritten Weltkrieges durch China in der sowjetischen Regierungserklärung vom 21. 9. 1963 (Anm. 69), S. 723, und in der Geheimen Anklageschrift Moskaus (Anm. 10), S. 235:

Ein Mitglied des ZK der KPCh zu einem tschechischen Journalisten, der auf die Gefahr einer gänzlichen Vernichtung der Bevölkerung der Tschechoslowakei hinweist: „Im Falle eines Vernichtungskrieges werden die kleinen Länder, die zum sozialistischen Lager gehören, ihre Interessen den gemeinsamen Interessen des gesamten Lagers unterzuordnen haben.“

Antwort eines chinesischen Funktionärs auf entsprechende Bedenken Togliattis für Italien: „Es werden doch andere Völker übrigbleiben, der Imperialismus aber wird vernichtet werden. . .“

Außenminister Tschien Ji zum französischen Publizisten Jules Roy: „Zur Zeit der Tang-Dynastie in China fand einmal ein vernichtender Krieg statt. Damals zählte die Bevölkerung des Reiches 160 Millionen. Nach dem Kriege waren 40 Millionen übriggeblieben. Aber seit dieser Zeit sind die Chinesen wieder auf die Beine gekommen. Sie zählen jetzt 700 Millionen. Und wir fürchten uns nicht, jeden beliebigen Krieg zu führen.“

Alle Zitate stammen aus sowjetischen Quellen. An ihrer Authentizität ist aber — mindestens dem Sinne nach — nicht zu zweifeln. Trotzdem sind sie mit Vorsicht zu gebrauchen. Denn zweifellos

sind Elemente der psychologischen Kriegführung und der Abschreckung mit im Spiel. Andererseits drängt sich aber doch die Frage auf, ob sich die chinesischen Führer über die Folgen eines vernichtenden nuklearen Weltkrieges voll Rechenschaft geben. Diese lassen sich ja nicht nur nach Toten und Überlebenden messen, sondern schließen Gesundheits- und Erbschäden, menschenwürdige Existenzbedingungen der Überlebenden usw. ein.

<sup>87)</sup> Geheime Anklageschrift Moskaus (Anm. 10), S. 231: „Es gibt allen Grund zu behaupten, daß eines der Ziele der Politik der chinesischen Führung in der Vietnamfrage darin besteht, einen militärischen Konflikt zwischen der UdSSR und den USA hervorzurufen. Sie wollen einen Zusammenstoß der UdSSR mit den USA, um, wie sie selbst sagen, ‚auf dem Berge sitzend, den Kampf der Tiger zu beobachten‘.“ — Vgl. Edvard Kardelj, Vermeidbarkeit oder Unvermeidbarkeit des Krieges. Die jugoslawische und die chinesische These, Hamburg 1961, S. 77 f.

<sup>88)</sup> Zurückhaltender Lin Piao (Anm. 24), S. 32.

<sup>89)</sup> Es lebe der Leninismus, Peking 1960, S. 24 f.

Nach sowjetischer Auffassung ist diese „brutale“ und „ungeheuerliche“ Denkweise Ausdruck „völliger politischer Verantwortungslosigkeit“<sup>90)</sup>. Nicht nur der Kapitalismus würde in einem dritten Weltkrieg untergehen, sondern die ganze Menschheit würde in Mitleidenschaft gezogen, der Aufbau des Sozialismus-Kommunismus würde weit zurückgeworfen, um Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte, ja selbst die Existenz der Menschheit würde

in Frage gestellt<sup>91)</sup>. Die Atombombe halte sich eben nicht ans Klassenprinzip<sup>92)</sup>. Sie „fragt nicht danach, wer Imperialist und wer Werktätiger ist — sie fällt überall hin, und deshalb würden auf einen Monopolisten Millionen Arbeiter vernichtet werden.“<sup>93)</sup> Und die sowjetischen Genossen stellen den Chinesen die rhetorische Frage: „Wenn sowohl Ausbeuter wie Ausgebeutete unter den Ruinen der alten Welt begraben werden, wer wird dann die ‚herrliche Zukunft‘ errichten?“<sup>94)</sup>

## Kampf oder Zusammenarbeit mit dem Imperialismus?

Moskau scheint also an der Verhinderung des Weltkrieges mehr interessiert als Peking. Insofern ist eine beschränkte Interessengemeinschaft zwischen Moskau und Washington festzustellen. Die Sowjetunion anerkennt die Möglichkeit und Notwendigkeit einer beschränkten Entspannung und einer beschränkten Zusammenarbeit mit den USA zur Verhinderung eines neuen Weltkrieges, sicher nicht aus purer Friedensliebe, sondern mehr noch aus dem nüchternen Bestreben nach Selbsterhaltung und Überleben. Und nicht nur das. Die Sowjetunion und die USA sind beide bestrebt, ihre Weltmachtposition zu konservieren und die Entstehung neuer Atomkräfte und Weltmächte zu verhindern oder doch mindestens hinauszuzögern. Auf diesem Hintergrund erweist sich der Streit, ob sich der Imperialismus gewandelt hat oder nicht, als ein oberflächliches Geplänkel. Auch nach Darstellung der sowjetischen Ideologen hat sich das Wesen des Imperialismus nicht gewandelt, ist er nicht „friedliebender“ geworden; aber er ist gezwungen, die wachsende Stärke der „Frie-

denkräfte“ in zunehmendem Maße in Rechnung zu stellen. Insofern sei der Imperialismus tatsächlich „vernünftiger“ geworden. Darauf antwortet Peking schlicht: Es gibt „überhaupt keine über den Klassen stehende Vernunft“<sup>95)</sup>. Nichts ist Peking verdächtiger und verabscheuungswürdiger als der amerikanisch-sowjetische Bilateralismus. Und man darf es ihnen glauben. Nichts wird mit schärferen Worten attackiert als diese Zusammenarbeit. Peking schreit „Verrat“, „Kuhhandel“<sup>96)</sup>. Die sowjetischen Führer planten ein „zweites München“<sup>97)</sup>, eine „heilige Allianz“ gegen China<sup>98)</sup>, einen „Kordon um China“<sup>99)</sup>. Sie versuchten, sich beim USA-Imperialismus „lieb Kind zu machen“<sup>100)</sup>. Die Führer der USA und der Sowjetunion bereiteten ein gemeinsames „Liebesfest“<sup>101)</sup>, seien „ein Herz und eine Seele“<sup>102)</sup>. Tschchen Si, der chinesische Außenminister, sprach sogar unverblümt von der Möglichkeit einer koordinierten sowjetisch-amerikanischen Aggression gegen China<sup>103)</sup>. Immer häufiger wird in letzter Zeit der Vorwurf erhoben, die Sowjetunion erstrebe gemeinsam mit den USA die Welt-herrschaft<sup>104)</sup>. Peking läuft gegen jede Zusammenarbeit mit kapitalistischen Staaten in Worten Sturm, scheut sich aber in der Praxis

<sup>90)</sup> Suslow (Anm. 10), S. 287. — Sowjetische Regierungserklärung vom 21. 8. 1963. Text in: Prawda, 21. 8. 1963; Ost-Probleme 23 (1963), S. 710—714 (713). — Sowjetische Regierungserklärung vom 21. 9. 1963 (Anm. 69), S. 723.

Löwenthal weist darauf hin, daß Maos Erklärung von 1957 bei den Russen zunächst wohl doch nicht jene Entrüstung hervorgerufen habe, wie sie heute zur Schau gestellt wird. Die Konferenz von 1957 schloß in einer Atmosphäre äußerer Übereinstimmung zwischen Mao und Chruschtschow. Nur die Jugoslawen, überstimmt und isoliert, waren entsetzt über die Ansichten Maos und verbreiteten sie. Richard Löwenthal, Der russisch-chinesische Konflikt und der Westen, in: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik 5/6 (1965), S. 346—359 (348).

<sup>91)</sup> Sowjetische Regierungserklärung vom 21. 9. 1963 (Anm. 69), S. 723. — Fedosejev (Anm. 30), S. 357 f.

<sup>92)</sup> Offener Brief des ZK der KPdSU (Anm. 10), S. 607.

<sup>93)</sup> a. a. O., S. 610.

<sup>94)</sup> ebenda.

<sup>95)</sup> Fünfter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (Anm. 18), S. 257.

<sup>96)</sup> Luo Jui-tching (Anm. 70), S. 8/11.

<sup>97)</sup> a. a. O., S. 10.

<sup>98)</sup> Brief des ZK der KPCh vom 22. 3. 1966 (Anm. 3), S. 6.

<sup>99)</sup> a. a. O., S. 6.

<sup>100)</sup> Sechster Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (Anm. 9), S. 325.

<sup>101)</sup> Kommentar zur Moskauer März-Konferenz. Text in: Peking Rundschau 13 (1965), S. 6—13 (7).

<sup>102)</sup> Lin Piao (Anm. 24), S. 29.

<sup>103)</sup> Pressekonferenz Tschchen Jis vom 29. 9. 1965. Text in: Peking Rundschau 42 (1965) 5—14 (13).

<sup>104)</sup> Mao Tse-tung in seinem Gespräch mit japanischen Sozialisten (Anm. 2), S. 204. — Sechster Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (Anm. 9), S. 327/335. — Peking Rundschau 37 (1965), S. 29; 49 (1965), S. 19; 52 (1965), S. 12 f.; 1 (1966), S. 11; 8 (1966), S. 6; 13 (1966), S. 6.

nicht — wie die sowjetischen Kritiker feststellten <sup>105)</sup> —, mit „reaktionären Regimen zu liebäugeln“. Offensichtlich gibt hier nicht die Reinhaltung der Ideologie, sondern nationales, machtpolitisches Interesse den Ausschlag.

Allmählich zeichnet sich eine neue Welteinteilung der Chinesen ab, die nicht mehr auf der sowjetischen Zweiteilung in das sozialistische

und das kapitalistische System beruht <sup>105a)</sup>. Es existieren verschiedene Variationen zum selben Thema: Die Zweiteilung in arme und reiche Völker, in Farbige und Weiße, Maos Theorie der Zwischenzonen <sup>106)</sup>. Das Motiv ist immer, die beiden Weltmächte Sowjetunion und USA in den gleichen Topf zu werfen. Das ist das Weltbild der potentiellen dritten Weltmacht.

## Friedenskampf oder bewaffneter Kampf?

In der sowjetischen Politik hat die These der Vermeidbarkeit zwischenstaatlicher Kriege nicht zuletzt den Zweck, der „Friedensbewegung“ eine ideologische Basis zu vermitteln. Denn der Kampf für den Frieden hat doch offensichtlich nur dann Aussicht auf Glaubwürdigkeit, wenn Kriege tatsächlich vermieden werden können. Es ist freilich zumindest zweifelhaft, ob Chruschtschows Losung der allgemeinen Abrüstung, einer „Welt ohne Waffen, ohne Armeen und ohne Kriege“ von der Sowjetregierung insgeheim als ein realistischer Vorschlag betrachtet wird, oder ob der Vorschlag nur als Agitationsmittel dient, um in Kreise einzudringen, die auf revolutionäre Parolen weniger ansprechbar sind. Für diese Interpretation spricht unter anderem Suslows Bericht an das Plenum des ZK der KPdSU vom Februar 1964, der gegenüber den chinesischen Kritikern keine überzeugendere Rechtfertigung der Losung anzubieten hat als diese: „Die Losung ‚Eine Welt ohne Waffen, eine Welt ohne Kriege‘ ist in den Händen der kommunistischen Parteien ein mächtiges Mittel des Zusammenschlusses und der Mobilisierung der Volksmassen zum aktiven Kampf gegen die wütenden militaristischen imperialistischen Kreise. Diese Losung ist jedem Menschen verständlich, unabhängig von seiner politischen Überzeugung. Die Abrüstung bedeutet die Einstellung des Wettrüstens, also auch die Verringerung der Steuerlast. Sie entspricht den Lebensinteressen der breitesten Schichten der Bevölkerung. Nicht nur die Kommunisten, sondern auch viele andere Kräfte der

Öffentlichkeit unterstützen und propagieren aktiv diese Losung. Warum sollten dann wir Kommunisten auf sie verzichten? Ist es denn nicht klar, daß der Verzicht auf diese Losung den Einfluß der Kommunisten in den Volksmassen nur schwächen könnte, was den Kräften der Reaktion zugute käme?“ <sup>107)</sup>

Die chinesischen Führer sind aufrichtiger. Für sie ist die Losung der „Welt ohne Waffen, ohne Armeen, ohne Kriege“ reine Illusion <sup>108)</sup>. Ewiger Frieden ist erst möglich, nachdem der Kapitalismus vollständig ausgerottet ist und sich der Sozialismus in der ganzen Welt durchgesetzt hat. Vollständige Abrüstung ist erst nach der vollständigen Ausrottung des Imperialismus und nach dem Absterben der Staaten möglich: „Die sogenannte Welt ohne Waffen und ohne Armeen kann deshalb nur eine Welt ohne Staaten sein.“ <sup>109)</sup> Und sie zitieren Lenin als Zeugen: „Nur nachdem das Proletariat die Bourgeoisie entwaffnet hat, kann es, ohne an seiner weltgeschichtlichen Aufgabe Verrat zu üben, die Waffen zum alten Eisen werfen, was es auch ganz sicher dann — aber nicht früher — tun wird.“ <sup>110)</sup> Peking verdächtigt die sowjetischen Führer, sie wollten den revolutionären Kampf unter dem Vorwand des Kampfes für Frieden und Abrüstung liquidieren <sup>111)</sup>.

Dieser Vorwurf wird dem sowjetischen Konzept nicht gerecht. Die sowjetische Strategie und Taktik operiert auf verschiedenen Ebenen und ist insofern geschmeidiger, anpassungsfähiger, raffinierter, vielleicht gefährlicher als die chinesische <sup>112)</sup>. Friedenskampf ist im sowjetischen Konzept vor allem ein Mittel zum Zwecke der Mobilisierung der Massen um einen kommunistischen Kern, der die

<sup>105)</sup> Sowjetische Regierungserklärung vom 21. 9. 1963 (Anm. 69), S. 725.

<sup>105a)</sup> Geheime Anklageschrift Moskaus (Anm. 10), S. 232: „Die Tatsachen zeugen davon, daß die Führer der KPCh heute ihre außenpolitische Tätigkeit nicht so sehr gegen die imperialistischen Staaten als gegen die Sowjetunion und das sozialistische Weltssystem insgesamt richten. Aus den Materialien der chinesischen Presse ist die Einteilung der Welt in zwei entgegengesetzte Systeme — das sozialistische und das kapitalistische — verschwunden.“

<sup>106)</sup> Zu Maos Theorie von den „Zwischenzonen“. In: Osteuropa 1/2 (1965), S. 31—36.

<sup>107)</sup> Suslow (Anm. 10), S. 288.

<sup>108)</sup> Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (Anm. 13), S. 31.

<sup>109)</sup> a. a. O.

<sup>110)</sup> W. I. Lenin, Werke, Bd. 23, Berlin (Ost) 1960, S. 76.

<sup>111)</sup> Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (Anm. 13), S. 32.

„Aktionseinheit“ aus dem Hintergrund lenkt. Im chinesischen Konzept dagegen bedeutet Friedenskampf vor allem revolutionärer, bewaffneter Kampf. Der Weltfrieden muß erkämpft werden<sup>113</sup>). Um die Gewehre abzuschaffen, muß man die Gewehre ergreifen<sup>114</sup>). Es ist der alte Teufelskreis: Die internationale

Lage kann nur durch Erhöhung der Spannung entspannt werden. Der Klassengegensatz kann nur durch Verschärfung des Klassenkampfes beseitigt werden. Die Abrüstung kann erst nach vorheriger Aufrüstung erreicht werden. Der Krieg kann nur durch Krieg abgeschafft werden<sup>115</sup>).

## Hegemonie oder Gleichberechtigung?

Moskau und Peking beschuldigen sich gegenseitig der Mißachtung des Prinzips des proletarisch-sozialistischen Internationalismus, der Verletzung der Einheit des sozialistischen Lagers, der Spaltung der kommunistischen Weltbewegung<sup>116</sup>). Offensichtlich verstehen sie aber unter dem Begriff des proletarisch-sozialistischen Internationalismus nicht das gleiche. Moskau versteht darunter ein hegemonial-imperiales Prinzip der Unterordnung der sozialistischen Länder und der kommunistischen Parteien unter den ideologischen und außenpolitischen Führungsanspruch der Sowjetunion beziehungsweise der KPdSU, was die Sowjetunion natürlich nicht an der Behauptung hindert, es gebe keine sowjetische Hegemonie, keine „höher stehenden“ oder „untergeordneten“ kommunistischen Parteien<sup>117</sup>). Scharf kritisiert Moskau die chinesische These, daß sich jedes Land beim Aufbau des Sozialismus hauptsächlich auf seine eigenen Kräfte stützen müsse<sup>118</sup>). Diese Konzeption sich selbst genügender, autarker nationaler Wirtschaftsräume sei offensichtlich dazu bestimmt, die Einheit des sozialistischen Lagers zu schwächen<sup>119</sup>). Die Sowjetunion er-

strebt einen zunächst auf die COMECON-Länder, später auf alle sozialistischen Staaten ausgedehnten integrierten Wirtschaftsraum unter sowjetischer Hegemonie mit internationaler Arbeitsteilung und einheitlichem Produktionsplan. Diese wirtschaftliche Integration soll dann in einem späteren Stadium durch die Umwandlung der Volksdemokratien in Sowjetrepubliken nach dem Beispiel der baltischen Staaten gefestigt und vertieft werden.

Peking dagegen besteht auf der Selbständigkeit und Gleichberechtigung der sozialistischen Länder und der kommunistischen Parteien<sup>120</sup>). Es legt den Begriff des sozialistischen Internationalismus vor allem im Sinne gegenseitiger Hilfe aus und verbindet damit den Vorwurf, die Sowjetunion habe ihre Pflicht zur Wirtschaftshilfe an China durch den Rückzug der sowjetischen Techniker (1960) und durch die zunächst versprochene, dann aber verweigerte Unterstützung beim Aufbau der chinesischen Atommacht verletzt. China spricht sogar von Vertragsbruch. Im Juni 1959 habe die sowjetische Regierung „einseitig das zwischen China und der Sowjetunion im Oktober 1957 unterzeichnete Abkommen über neue Technik in der Landesverteidigung“ zerrissen und sich geweigert, China das Baumuster einer Atombombe und die technischen Daten zu ihrer Herstellung zur Verfügung zu stellen<sup>121</sup>). Und im Juli 1960 habe die Sowjetregierung durch den plötzlichen einseitigen Rückruf der sowjetischen Fachleute „Hunderte von Abkommen“ zerrissen<sup>122</sup>). Peking kritisiert die hegemonialen Bestrebungen und „patriarchalischen Methoden“ Moskaus, spricht von Miß-

<sup>113</sup>) Typisch für die bewegliche Strategie und Taktik Moskaus ist die in der Geheimen Anklageschrift (Anm. 10), S. 234, zitierte Stelle aus dem Programm der KPdSU: „Der Erfolg des Kampfes der Arbeiterklasse für den Sieg der Revolution wird davon abhängen, inwiefern sie und ihre Partei es lernen, sich aller Formen des Kampfes zu bedienen, der friedlichen wie der nichtfriedlichen, der parlamentarischen wie der außerparlamentarischen, und ob sie zur schnellsten und überraschendsten Ersetzung einer Kampfform durch eine andere bereit sind.“

<sup>114</sup>) Fünfter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (Anm. 21), S. 277/282 f.

<sup>115</sup>) Luo Jui-tching (Anm. 70), S. 14.

<sup>116</sup>) a. a. O.

<sup>117</sup>) Siebter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (Anm. 5), S. 337—399. — Offener Brief des ZK der KPdSU (Anm. 10), S. 648.

<sup>118</sup>) Brief des ZK der KPdSU vom 30. 3. 1963 (Anm. 20), S. 575.

<sup>119</sup>) Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (Anm. 13), S. 45 f.

<sup>120</sup>) Offener Brief des ZK der KPdSU (Anm. 10), S. 648.

<sup>120</sup>) Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (Anm. 13), S. 45/47 f.

<sup>121</sup>) Chinesische Regierungserklärung vom 15. 8. 1963. Text in: Peking Rundschau 33 (1963), S. 7—15; Ost-Probleme 23 (1963), S. 706—710 (709). Erster Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (Anm. 1), S. 87.

<sup>122</sup>) a. a. O., S. 93. — Brief des ZK der KPCh an das ZK der KPdSU vom 29. 2. 1964. Text in: Sieben Briefe. Korrespondenz zwischen dem ZK der KPCh und dem ZK der KPdSU, Peking 1964, S. 32—64.

brauch der internationalen Arbeitsteilung und beschuldigt Moskau der wirtschaftlichen Ausbeutung der Volksdemokratien, des wirtschaftlichen Drucks auf die sozialistischen Länder, der Verletzung der Souveränität der Bruderländer, des Großmacht-Chauvinismus, der Machtpolitik, des nationalen Egoismus<sup>123)</sup>. Die Sowjetunion versuche die sozialistischen Länder mit allen Mitteln zu zwingen, auf ewig Agrarländer zu bleiben und der Sowjetunion als Lieferanten von Rohstoffen und als Absatzmärkte für sowjetische Waren zu dienen<sup>124)</sup>. Den territorialen Expansionsdrang hat Mao selbst mit kaum zu überbietender Schärfe angeprangert: „Es gibt zu viele von der Sowjetunion besetzte Gebiete. In Übereinstimmung mit dem Abkommen von Jalta hat die Sowjetunion unter dem Vorwand der Gewährleistung der Unabhängigkeit der Mongolei dieses Land in Wirklichkeit unter ihre Herrschaft gebracht. ... Sie haben sich einen Teil Rumäniens angeeignet. Sie trennten einen Teil Ostdeutschlands ab und vertrieben die Einheimischen nach dem westlichen Teil. Sie trennten einen Teil Polens ab, schlossen ihn Rußland an und übergaben als Entschädigung Polen einen Teil Ostdeutschlands. Dasselbe geschah mit Finnland. Sie trennten alles ab, was sie abtrennen konnten. ...“<sup>125)</sup> China aberkennt Moskau die Führerqualität<sup>126)</sup> und lehnt die sowjetische Hegemonie ebenso ab wie einen integrierten Zusammenschluß der sozialistischen Länder<sup>127)</sup>. Die chinesischen Vorstellungen scheinen auf eine Art Commonwealth gleichberechtigter und selbständiger sozialistischer Staaten und einen lockeren Bund ebenfalls gleichberechtigter und selbständiger kommunistischer Parteien hinauszulaufen. Diese Vorstellungen würden sich im Grunde mit denjenigen des bevorzugten chinesischen Prä-

gelknaben Jugoslawien decken. Doch der Schein trügt. Es ist mehr als zweifelhaft, ob man die chinesischen Erklärungen zum Nennwert nehmen darf. Die tatsächliche Politik Chinas bestätigt vielmehr, daß Peking selbst an Stelle Moskaus die Führung der kommunistischen Bewegung erstrebt und diesen Anspruch vorerst im Bereich Ostasiens und der „dritten Welt“ zu realisieren versucht<sup>128)</sup>. Sagte doch schon Heinrich Triepel längst bevor es den Konflikt zwischen den beiden kommunistischen Großmächten gab: „Gewöhnlich ist es auch nur der Konkurrent im Kampfe um den Besitz der Hegemonie, der mit solchen Vorwürfen den anderen in der öffentlichen Meinung herabzusetzen sucht.“<sup>129)</sup>

All das könnte den Schluß nahelegen, China sei gefährlicher als die Sowjetunion. Dieser Schluß wäre indessen voreilig. Man muß einerseits unterscheiden zwischen den Worten und Taten. Gerade die chinesische Vietnampolitik offenbart eine erstaunliche Kombination revolutionärer Rhetorik und vorsichtiger Taten. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß die sowjetische Strategie und Taktik auf verschiedenen Ebenen operiert und insofern anpassungsfähiger, geschmeidiger, raffinierter ist als die „sture“ Politik Pekings. Die Sowjetunion bietet jedem etwas: dem militanten Revoluzzer den revolutionären Kampf, dem Pazifisten den „Friedenskampf“. Friedenskampf und revolutionärer Kampf sollen gemäß dem sowjetischen Konzept in den gleichen Strom zusammenfließen, auf daß er mit um so größerer Wucht die kapitalistische Welt überflute und hinwegfege.

<sup>123)</sup> Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (Anm. 13), S. 45 ff.

<sup>124)</sup> Brief des ZK der KPCh vom 29. 2. 1964 (Anm. 123).

<sup>125)</sup> Mao Tse-tung: Gespräch mit japanischen Sozialisten (Anm. 2), 204 f.

<sup>126)</sup> Brief des ZK der KPCh vom 22. 3. 1966 (Anm. 3), S. 5: „Rußland ist die Heimat des Leninismus und war Zentrum der internationalen Arbeiterbewegung.“

<sup>127)</sup> Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (Anm. 13), S. 46 f.

<sup>128)</sup> Nach sowjetischer Darstellung ist die ideologisch-theoretische Plattform der chinesischen Führung „ausschließlich dazu bestimmt, der nationalistischen Großmachtspolitik der chinesischen Führung zu dienen“. Eine typische Stilblüte: „Das Wesen der jetzigen ideologisch-politischen Plattform der Führer der KPCh besteht im militanten Großmachtchauvinismus und Hegemonismus. Dabei werden ultrarevolutionäre Phrasendrescherei und kleinbürgerliches Revoluzzertum als Instrument für die Durchsetzung des chauvinistischen hegemonistischen Kurses benutzt.“ Geheime Anklageschrift Moskaus (Anm. 10), S. 233/235. — Suslow (Anm. 10), S. 293.

<sup>129)</sup> Heinrich Triepel, Die Hegemonie. Ein Buch von führenden Staaten, Neudruck (der Ausgabe 1936 bzw. 1943), Aalen 1961, S. 136.